

giz Postfach 5180 • 65726 Eschborn

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung
Referat: 202

nachrichtlich
BMZ-Referate: G33, G34

Auswärtiges Amt
Referat 321
Deutsche Auslandsvertretung in Nouakchott

Auftragsverantwortliche*r

Benjamin Moscovici
T: +222 42 41 40 23
benjamin.moscovici@giz.de

Ansprechperson

Alexander Otto
T: +49 6196 79-1022
alexander.otto@giz.de

28. November 2025

**Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Mauretanien
Angebot für die Maßnahme Förderung einer verantwortungsvollen Regierungsführung
in Mauretanien II
Im EZ-Programm: Inklusive Regierungsführung und soziale Kohäsion in Mauretanien
Projektnummer: 2025.2057.5**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zusammen mit diesem Schreiben erhalten Sie das Angebot zur oben genannten Maßnahme mit
der Bitte um Beauftragung.

Mit freundlichen Grüßen

Friederike von Stieglitz
Abteilungsleiterin
1100

Alexander Otto
Ländermanager
1100

Anlage

EZ-Programm: **Inklusive Regierungsführung und soziale Kohäsion in Mauretanien**

TZ-Modul: **Förderung einer verantwortungsvollen Regierungsführung in Mauretanien II (ProGresp II)**

Projektnummer: **2025.2057.5**

Vorlage eines TZ-Folgemoduls

zum Angebotsschätzpreis von bis zu 5.000.000 EUR

Teile des deutschen Beitrags sollen an Auftragnehmer vergeben werden.

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	iii
1 Kurzbeschreibung	1
2 Einordnung des Moduls	2
2.1 Einordnung des Moduls in das EZ-Programm bzw. den strategischen Rahmen	2
2.2 Andere Entwicklungsmaßnahmen im konkreten Interventionsbereich des Moduls	4
3 Problem- und Potentialanalyse (bezogen auf das Modul)	6
4 Ziele, Wirkungshypothesen, Indikatoren und Partner des Moduls	8
4.1 Ziele, Zielgruppe, Wirkungshypothesen und Indikatoren	8
4.2 Träger- und Partnerstruktur	11
5 Gestaltung des Moduls	12
5.1 Methodischer Ansatz und Laufzeit	12
5.2 Sicherstellung der nachhaltigen Wirksamkeit der Maßnahmen (Outcomes)	16
5.3 Partnerleistungen, Kombifinanzierung	17
5.4 Auftragswert und detaillierte Kostenschätzung	17
6 Bewertung der Wirkungen und der Risiken des Moduls	18
6.1 Bewertung der Wirkungen	18
6.2 Bewertung der Risiken für die Wirksamkeit des Moduls	19
6.3 Testat	22
A Anlagen	
A1 Wirkungsmatrix	
A2 Wirkungslogik	
A3a Kostenschätzung und Mittelabfluss nach Haushaltsjahren	
A3b Kosten-Output-Zuordnung	
A4a Kennungen	
A4b Standardindikatoren	
A4c Maßnahmenbeschreibung	
A5 Genderanalyse	

Abkürzungsverzeichnis

DGDDL	<i>Direction Générale de la Décentralisation et du Développement Local</i> (ehemals <i>Direction Générale des Collectivités Territoriales</i>) Generaldirektion für Dezentralisierung und lokale Entwicklung
MASEF	<i>Ministère des Affaires Sociales de l'Enfance et de la Famille</i> Ministerium für soziale Angelegenheiten, Kinder und Familie
MDDDL	<i>Ministère Délégué auprès du Ministre de l'Intérieur, de la Promotion de la Décentralisation et du Développement Local, chargé de la Décentralisation et du Développement Local</i> Dezentralisierungsministerium (das dem Ministerium für Inneres, Förderung der Dezentralisierung und lokaler Entwicklung zugeordnet ist)
MAED	<i>Ministère des Affaires Économiques et du Développement</i> Wirtschafts- und Entwicklungsministerium
MID	<i>Ministère de l'Intérieur, de la Promotion de la Décentralisation et du Développement Local</i> Innenministerium
SCAPP	<i>Strategie nationale de croissance accélérée et de prospérité partagée</i> Strategie für beschleunigtes Wachstum und geteilten Wohlstand

1 Kurzbeschreibung

Modultitel	Förderung einer verantwortungsvollen Regierungsführung in Mauretanien II (ProGresp II)
Kernthema	Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt
Aktionsfeld (ggf. Initiativthema)	Gute Regierungsführung (Demokratieförderung, Staatlichkeit & Recht, Korruptionsbekämpfung, Eigeneinnahmen, kommunale Strukturen)
Gestaltungsspielraum	☐ ja ☒ nein
EZ-Programm	Inklusive Regierungsführung und soziale Kohäsion in Mauretanien
EZ-Programmziel	Die Regierungsführung ist inklusiver und stärker auf bessere Lebensbedingungen der Bevölkerung Mauretaniens ausgerichtet.
Kernproblem	Trotz hoher politischer Aufmerksamkeit für Dezentralisierung bestehen nach wie vor institutionelle Defizite in der Steuerung und Koordination des Dezentralisierungsprozesses. Abstimmungs- und Koordinationsmechanismen zwischen Ministerien, den Gebietskörperschaften und nicht-staatlichen Akteuren sind schwach, sodass Zuständigkeiten und Mandate trotz bestehender regulativer Grundlagen oft unklar sind und die Bedarfe der Bevölkerung nicht ausreichend berücksichtigt werden können.
Modulziel	Die gemeinschaftliche Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses durch alle relevanten Akteure in Mauretanien ist verbessert.
Beitrag zur nationalen Umsetzung der Agenda 2030	Das TZ-Modul orientiert sich an der mauretanischen Strategie für beschleunigtes Wachstum und geteilten Wohlstand, die die nationale Entwicklungsstrategie zur Umsetzung der Agenda 2030 in Mauretanien darstellt.
Zielgruppe	Potenziell die gesamte Bevölkerung Mauretaniens (ca. 4,7 Mio. Menschen). Direkte Zielgruppe sind als Mittler Fach- und Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung auf nationaler und subnationaler Ebene inklusive der kommunalen und regionalen Verwaltungen.
Politische(r) Träger	Wirtschafts- und Entwicklungsministerium (<i>Ministère des Affaires Économiques et du Développement</i> , MAED)
Methodischer Ansatz (inkl. Instrumente)	Fach-, Organisations- und Prozessberatung für nationale Akteure zur verbesserten Steuerung und Koordination der Dezentralisierung. Zum Einsatz kommen 3 internationale LZFK, 6 nationale LZFK, KZE sowie Sachgüter bis zu EUR 300.200,00.
Wesentliche Outputs	Output 1: Stärkung der institutionellen Kapazitäten auf nationaler Ebene Output 2: Verbesserung der horizontalen und vertikalen Koordination Output 3: Förderung des innerstaatlichen Dialogs
Kooperationen, gebergemeinschaftlicher Ansatz	Keine
Auftragswert	Bis zu 5.000.000 EUR
Laufzeit	Von 01/2026 bis 12/2028 (3 Jahre)
Förderregion und Länder	Entfällt

2 Einordnung des Moduls

2.1 Einordnung des Moduls in das EZ-Programm

Das TZ-Modul ist Teil des EZ-Programms „Inklusive Regierungsführung und soziale Kohäsion in Mauretanien“, welches am 28.07.2025 mit einer Laufzeit von sechs Jahren (bis 07/2031) in Kraft getreten ist. Das EZ-Programm zielt auf die Stärkung inklusiver Regierungsführung in Mauretanien durch qualitative Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen sowie sozioökonomische und bürgerschaftliche Teilhabe insbesondere von benachteiligten Bevölkerungsgruppen inklusive der Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure ab. Das EZ-Programmziel lautet: „Die Regierungsführung ist inklusiver und stärker auf bessere Lebensbedingungen der Bevölkerung Mauretaniens ausgerichtet.“ Derzeit sind fünf TZ-Module Teil des EZ-Programms.

Innerhalb des EZ-Programms nimmt das TZ-Modul eine zentrale Rolle bei der Stärkung institutioneller und regulativer Rahmenbedingungen für Dezentralisierung auf zentralstaatlicher Ebene sowie beim Aufbau vertikaler und horizontaler Koordinationsmechanismen zwischen Fach- und Sektorministerien sowie Gebietskörperschaften ein. Damit legt es die makropolitischen Grundlagen für die anderen vier TZ-Module des EZ-Programms, die vorwiegend auf lokaler Ebene intervenieren (siehe unten). Zusammengenommen stellen die fünf TZ-Module des EZ-Programms einen Mehr-Ebenen-Beratungsansatz sicher, der sowohl staatliche wie auch nicht-staatliche Akteure auf nationaler und subnationaler Ebene umfasst. Konkret trägt das vorliegende TZ-Modul über drei der vier EZ-Programmzielindikatoren zum Programmziel bei (EZ-Programmzielindikator 1 zu inklusiver Regierungsführung, EZ-Programmzielindikator 2 zu verbesserten Dienstleistungen und EZ-Programmzielindikator 4 zu sozialer Kohäsion, siehe Tabelle unten).

Das TZ-Modul „*Pro Commune* - Stärkung grenznaher Gemeinden“ (PN 23.2268.3) hat zum Ziel, lokale Dienstleistungserbringung für die Bevölkerung in entlegenen Gemeinden entlang der Grenze zu Senegal zu stärken. Das TZ-Modul „*ProNexus 2* - Unterstützung von Flüchtlingen und vulnerablen Bevölkerungsgruppen in den Aufnahmegemeinden“ (PN 24.4068.3) interveniert ebenfalls in entlegenen Gemeinden im Grenzgebiet zu Mali und legt einen Fokus auf sozioökonomische Inklusion und die Bereitstellung von Grunddiensten für Flüchtlinge in aufnehmenden Gemeinden. Beide setzen Maßnahmen der Kapazitätsentwicklung von lokalen Akteuren bzw. des Transfers von Funktionen und Ressourcen auf Gemeindeebene um, für die das vorliegende TZ-Modul den notwendigen strukturellen Rahmen auf nationaler Ebene schafft. Das TZ-Modul „*RenForce* - Stärkung von Frauenrechten“ (PN 23.2238.6) stärkt staatliche und nichtstaatliche Akteure zum Thema Geschlechtergerechtigkeit, darunter das Ministerium für Soziales, Kinder und Familie (*Ministère des Affaires Sociales de l'Enfance et de la Famille*, MASEF) und zivilgesellschaftliche Organisationen. Im Rahmen des Ansatzes wird neben der Einrichtung einer Beobachtungsstelle für Frauenrechte (*Observatoire National des Droits des Femmes et des Filles*, ONDFF) auf nationaler Ebene auch der Aufbau von spezifischen Beratungsangeboten für Frauen und Mädchen auf lokaler Ebene sowie die Förderung der strategischen Zusammenarbeit staatlicher und nichtstaatlicher Akteure für verbesserte Geschlechtergerechtigkeit gefördert. Synergien zum vorliegenden TZ-Modul bestehen in der institutionellen und regulativen Rahmensetzung für die Verankerung lokaler genderspezifischer Dienstleistungsangebote sowie in der

querschnittsmäßigen Integration gendertransformativer Belange in die konkrete Ausgestaltung von sektoralbezogenen Dezentralisierungsansätzen (insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Umwelt, siehe Kapitel 5.1). Das TZ-Modul „*ProDigit (DIGITAL-Y)* - Förderung der digitalen Transformation“ (PN 23.2239.4) schließlich fördert die digitale Transformation der mauretanischen Verwaltung, unter anderem mit Blick auf digitale Dienstleistungserbringung. Dieses setzt als einziges weiteres TZ-Modul des EZ-Programms ebenfalls auf der makropolitischen und regulativen Ebene an und verankert einen Teil der digitalen Ansätze, die in Vorgängerphasen des vorliegenden TZ-Moduls entwickelt wurden, auf nationaler Ebene. Für die erfolgreiche Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses spielen zum Beispiel die Software SiGel (*Système de Gestion Locale*) für kommunales und regionales Finanzmanagement oder *Diwane, ein integriertes System für Kommunalverwaltung*, eine wichtige Rolle. Um deren Verankerung auf nationaler Ebene und deren Verbreitung in den Gemeinden zu ermöglichen, wird das vorliegende TZ-Modul abschließende Beratung und gegebenenfalls Sachmittel zur Verfügung stellen, die gemeinsam mit *ProDigit* umgesetzt werden (siehe auch Kapitel 5.1).

Als nationaler Umsetzungsplan für die Agenda 2030 dient die Strategie für beschleunigtes Wachstum und geteilten Wohlstand (*Stratégie nationale de croissance accélérée et de prospérité partagée* 2016-2030, SCAPP), deren Bezüge zu den SDGs als nationale Entwicklungsstrategie allerdings sehr vage sind.

EZ-Programmziel			
Die Regierungsführung ist inklusiver und stärker auf bessere Lebensbedingungen der Bevölkerung Mauretaniens ausgerichtet.			
Indikatoren	Basiswert	Ist-Wert	Zielwert
EZ-Programmzielindikator 1: Anzahl der Punkte Mauretaniens im <i>Country Policy and Institutional Assessment</i> der Weltbank in den Kategorien "Quality of Public Administration", "Equity of Public Resource Use", "Gender Equality"	3,0 Punkte in "Quality of Public Administration" 4,5 Punkte in "Equity of Public Ressource Use" 3,5 Punkte in "Gender Equality" (2025 [Daten aus 2023])		3,5 Punkte in "Quality of Public Administration" 5,0 Punkte in "Equity of Public Ressource Use" 4,0 Punkte in "Gender Equality" (2031 [Daten voraussichtlich aus 2029])
EZ-Programmzielindikator 2: Anzahl öffentlicher Dienstleistungen oder Infrastrukturen mit verbesserter Qualität durch Unterstützung der deutschen EZ	156 lokale Dienstleistungen oder Infrastrukturen 5 nationale Dienstleistungen oder Infrastrukturen (2025)		314 lokale Dienstleistungen oder Infrastrukturen 18 nationale Dienstleistungen oder Infrastrukturen (06/2027; Zwischenwert, der sich auf das mehrheitliche Laufzeitende der Module des EZ-Programms bezieht)
EZ-Programmzielindikator 4: Anzahl der Punkte Mauretaniens bei Kriterium 5.2 "Interest Groups" und Kriterium	4 Punkte bei „Interest Groups“ 4 Punkte bei „Social Capital“		5 Punkte bei „Interest Groups“ 5 Punkte bei „Social Capital“

5.4 "Social Capital" des Bertelsmann Transformation Index	(2025 [Daten aus 2024])		(2031 [Daten voraussichtlich aus 2030])
---	-------------------------	--	---

2.2 Andere Entwicklungsmaßnahmen im konkreten Interventionsbereich des Moduls

An ODA-relevanten deutschen EZ-Maßnahmen außerhalb des EZ-Programms (siehe Kapitel 2.1) sind im Interventionsbereich des vorliegenden TZ-Moduls zwei zu nennen: Das BMZ-finanzierte Regionalvorhaben „*Capacity Building* für Dezentralisierung in Westafrika“ (Pro-DAO) (PN 2022.2209.9) hat zum Ziel, innovative Ansätze für Dezentralisierung und Basisdienstleistungserbringung in sieben Ländern Westafrikas (Burkina Faso, Benin, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal und Togo) regional in Wert zu setzen, insbesondere durch grenzüberschreitende Vernetzung von Akteuren und die Skalierung von Umsetzungserfahrungen auf die regionale Ebene. Synergien zum vorliegenden TZ-Modul bestehen auf Outcome-Ebene in der Stärkung von Akteuren und Prozessen für eine vertiefte Dezentralisierung mit dem übergreifenden Ziel der Verbesserung von Basisdienstleistungen in der Fläche. Das BMZ-WFP-UNICEF-finanzierte Regionalvorhaben „*Sahel Resilience Strengthening*“ (SARES) (PN 2023.1802.0) setzt eine Länderkomponente zu Stärkung lokaler Strukturen in mauretanischen Gemeinden an der Grenze zu Senegal um. Wirkungssynergien zum vorliegenden TZ-Modul bestehen auf Impact-Ebene in verbesserten lokalen Governance-Prozessen und Dienstleistungserbringung zur Stärkung der Resilienz und des sozialen Zusammenhalts, wofür das vorliegende TZ-Modul ebenfalls den makropolitischen und regulativen Rahmen stärkt. Die von UNICEF und dem WFP umgesetzten Maßnahmen setzen auf subnationaler Ebene (insbesondere in Gemeinden) in zielgruppennahen Ansätzen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wasser und Ernährungssicherung an, die teils relevante Sektoren für die Übertragung von Ressourcen und Kompetenzen an die Gebietskörperschaften darstellen. Neben den Gebietskörperschaften beziehen sie auch dezentrierte Strukturen und zivilgesellschaftliche Organisationen in ihre Ansätze mit ein. Synergien zum vorliegenden TZ-Modul bestehen auf Outcome-Ebene in gestärkten Kapazitäten auf lokaler Ebene in den genannten Sektoren und verbesserten Abstimmungsmechanismen an sektoralen Schnittstellen zwischen nationalen und subnationalen Verwaltungseinheiten. Auf Impact-Ebene bestehen Synergien in der Schaffung eines funktionalen und resilienten dezentralen Staatsaufbaus.

An weiteren relevanten multilateralen Gebern im Sektor ist UNDP zu nennen, das im Rahmen des Vorhabens „*Programme Cadre en Appui au Pilotage de la Décentralisation et du Développement Economique Local Intégré*“ (PADDELI) den mauretanischen Dezentralisierungsprozess in drei Handlungsfeldern unterstützt: 1) Institutionelle Beratung und Organisationsentwicklung des Dezentralisierungsministeriums (*Ministère Délégué auprès du Ministre de l'Intérieur, de la Promotion de la Décentralisation et du Développement Local, chargé de la Décentralisation et du Développement Local*, MDDDL); 2) Stärkung der gebietskörperschaftlichen Ebene der Regionen, insbesondere hinsichtlich Planung und Koordination; und 3) Förderung lokaler Wirtschaftsentwicklung. Synergien bestehen auf Outcome-Ebene bei der Institutionenförderung, der Verbesserung der Koordination, der Überarbeitung und Anpassung von Strategien und Gesetzestexten sowie verbesserten Kapazitäten der Akteure der Dezentralisierung. Um eine arbeitsteilige Vorgehensweise sicherzustellen, stimmen sich

GIZ und UNDP eng ab, unter anderen durch eine jährliche gemeinsame Operationsplanung mit dem MDDDL und weiteren Partnern.

An bilateralen Gebern ist die französische AFD zu nennen. Sie verfolgt im Rahmen des Vorhabens „*Développement des collectivités locales et de l’intercommunalité*“ einen Mehr-Ebenen-Ansatz und unterstützt auf nationaler Ebene die im Innenministerium (*Ministère de l’Intérieur, de la Promotion de la Décentralisation et du Développement Local*, MIPDDL) angesiedelte Generaldirektion für Dezentralisierung und lokale Entwicklung (*Direction Générale de la Décentralisation et du Développement Local*, DGDDL) zu Fragen der Organisations- und Personalentwicklung. Auf lokaler Ebene werden Gemeinden bei der Kapazitätsentwicklung, der Verbesserung kommunaler Planungsinstrumente sowie der Finanzierung sozialer Grunddienste (zum Beispiel in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Wasser) inklusive der Mobilisierung und Nutzung alternativer Finanzierungsmethoden gefördert. Synergien zum vorliegenden TZ-Modul bestehen auf Outcome-Ebene in der komplementären institutionellen Stärkung von Akteuren auf nationaler Ebene sowie verbesserten Kommunalentwicklungsprozessen und gestärkten Kapazitäten auf lokaler Ebene, wofür das vorliegende TZ-Modul den Rahmen durch eine verbesserte Steuerung und Koordination des Dezentralisierungsprozesses setzt.

Zur operativen Abstimmung im Sektor haben UNDP, UNICEF, WFP, AFD und GIZ ein Kernteam geschaffen, das zusammen mit den mauretanischen Partnern die Unterstützungsmaßnahmen im Dezentralisierungsprozess koordiniert. Die GIZ ist hier über das TZ-Modul zusammen mit UNDP im Lead.

Es werden keine negativen Wechselwirkungen erwartet.

Geber	Vorhaben	Erwartete Synergien auf den Wirkungsebenen
BMZ	RV „ <i>Capacity Building</i> für Dezentralisierung in Westafrika“ (Pro-DAO) (PN 2022.2209.9)	Stärkung von Akteuren und Prozessen für eine vertiefte Dezentralisierung mit dem übergreifenden Ziel der Verbesserung von Basisdienstleistungen in der Fläche (Outcome-Ebene)
BMZ (mit UNICEF und WFP)	GV „Sahel Resilience Strengthening“ (SARES) (PN 2023.1802.0)	GIZ-Teil: verbesserte lokale Governance-Prozesse und Dienstleistungserbringung zur Stärkung der Resilienz und des sozialen Zusammenhalts (Impact-Ebene) UNICEF-/WFP-Teil: Gestärkte Kapazitäten auf lokaler Ebene in den Sektoren Bildung, Gesundheit, Wasser und Ernährungssicherung; verbesserte Abstimmungsmechanismen an sektoralen Schnittstellen zwischen subnationalen und nationalen Verwaltungseinheiten (Outcome-Ebene); Schaffung eines funktionalen und resilienten dezentralen Staatsaufbaus (Impact-Ebene)
UNDP	« <i>Programme Cadre en Appui au Pilotage de la Décentralisation et du Développement Economique Local Intégré</i> » (PADELLI)	Institutionenförderung auf nationaler Ebene und Verbesserung der Koordination (Outcome-Ebene)
AFD	« <i>Développement des collectivités locales et</i>	Komplementäre institutionelle Stärkung auf nationaler Ebene sowie verbesserte

	<i>de l'intercommunalité » (DECLIF)</i>	Kommunalentwicklungsprozesse und gestärkte Kapazitäten auf lokaler Ebene (Outcome-Ebene)
--	---	--

3 Problem- und Potentialanalyse (bezogen auf das Modul)

Mauretanien liegt am Rande des Sahel, einer von Gewalt, Konflikten und Fragilität geprägten Region. Es gehört zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt (Rang 163 von 193 Ländern im *Human Development Index* 2024), gilt aber derzeit als verhältnismäßig stabil und sicher. Die ca. 4,7 Millionen Einwohner und Einwohnerinnen Mauretaniens verteilen sich auf eine Fläche, die ungefähr dreimal so groß ist wie Deutschland. Etwa 80 Prozent des Landes sind Wüste. Die Dienstleistungen und Infrastrukturen in Mauretanien sind schwächer und maroder, je weiter man sich von der Hauptstadt und größeren urbanen Zentren entfernt. Es besteht in weiten Teilen des Landes Ressourcenknappheit (zum Beispiel Wasser, kultivierbares Land), was durch die Folgen des Klimawandels weiter verschärft wird. Das unterminiert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und birgt Konfliktpotential, was sich innerhalb der mauretanischen Gesellschaft oft entlang ethnischer Konfliktlinien äußert. Hinzu kommt eine ansteigende Zahl von Flüchtlingen aus anderen Sahel-Ländern auf (ca. 280.000 in 2025 laut UNHCR, insbesondere aus Mali), die Mauretanien in den letzten Jahren aufgenommen hat und deren Ankunft in einigen aufnehmenden Regionen und Gemeinden Zugangs- und Verteilungskonflikte zusätzlich verschärft.

Die mauretanische Regierung nutzt die Förderung eines dezentralen Staatsaufbaus und der Stärkung von Gebietskörperschaften, um in einem multiethnischen Kontext staatliche Präsenz in der Fläche herzustellen. Die flächendeckende Leistungsfähigkeit des Staates stärkt das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern in öffentliche Strukturen und wird von der mauretanischen Regierung als ein Baustein der relativen Sicherheit des Landes in einer Region voller Krisen und Konflikte erachtet. In der Nationalen Strategie für beschleunigtes Wachstum und gemeinsamen Wohlstand (*Stratégie Nationale de Croissance Accélérée et de Prospérité Partagée*, SCAPP) wird die innere Sicherheit in direkten Zusammenhang mit den Governance-Strukturen des Landes gesetzt, die zudem elementar sind für die nationale Umsetzung zur Erreichung der Entwicklungsziele der Agenda 2030. Die Dezentralisierungsstrategie (*Stratégie Nationale de Décentralisation et de Développement Local*, SNDDL) aus dem Jahr 2020 sieht auf der gebietskörperschaftlichen Ebene unter anderem Kapazitätsentwicklung, Institutionenförderung, verbesserte Ressourcenausstattung und lokale Entscheidungsfindung vor, was zentrale Elemente zur Stärkung von Staatlichkeit in der Fläche sind. Seit kurzem existiert auch ein Aktionsplan (*Feuille de Route de la Politique de la Décentralisation en Mauritanie, Période 2025–2027*), der die genannten Ziele der Strategie in konkreten Umsetzungsschritten operationalisiert. Während die Steuerung und Koordination des Dezentralisierungsprozesses bis zuletzt der Generaldirektion für Dezentralisierung und lokale Entwicklung (DGDDL) im Innenministerium (*Ministère de l'Intérieur, de la Promotion de la Décentralisation et du Développement Local*, MID) oblag, wurde hierfür 2024 eigens ein Dezentralisierungsministerium (MDDDL) gegründet. Damit ist Dezentralisierung als eigenständiges Ressort mit einem klaren politischen Ziel institutionalisiert. Das MDDDL ist als delegiertes Ministerium zwar Teil des Innenministeriums, genießt aber gewisse Eigenständigkeit (zum Beispiel ist es vollwertiges Mitglied in wichtigen Regierungsgremien wie dem Ministerrat). Bereits

2020 wurde der Hohe Rat für Dezentralisierung und Lokalentwicklung (*Conseil National de la Décentralisation et de Développement Local*, CNDDL) ins Leben gerufen, der vom Staatspräsidenten Ghazouani geleitet wird und strategische und politische Entscheidungen im Sektor auf höchster Ebene zusammenführt.

Alle 238 Gemeinden des Landes verfügen über gewählte Mandatsträger (Bürgermeister bzw. Gemeinderäte) und auch den im Jahr 2018 eingeführten 12 Regionen stehen mit den Regionalräten und Regionalratspräsidenten gewählte Strukturen vor. Im Vergleich zu den dekonzentrierten Strukturen des Zentralstaates, die teils mit ortsfremdem Personal besetzt sind, bestehen die Gebietskörperschaften vorwiegend aus ansässigen Vertreterinnen und Vertretern. Sie zeigen meist nicht nur eine stärkere Identifikation mit lokalen Belangen und ein größeres Problembewusstsein, sondern sind auch Ausdruck einer heterogenen politischen Machtverteilung zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen Mauretaniens und damit ein Faktor für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Für die Übertragung von Kompetenzen an die Gebietskörperschaften wurde eigens ein Komitee geschaffen (*Commissée Technique du Transfert de Compétences*), das den sektoralen Kompetenztransfer in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Umwelt voranbringen soll. Zudem hat der Premierminister ein Sofortprogramm zur Verbesserung des Zugangs zu Basisdienstleistungen (*Programme Prioritaire de Généralisation de l'Accès aux Services nécessaires au Développement Local*) in Höhe von 310.000.000 MRU (ca. 6.600.000 EUR) ins Leben gerufen, das in geteilter Verantwortung über die dekonzentrierten Strukturen der Sektorministerien zusammen mit den Gebietskörperschaften umgesetzt wird. Der grundsätzliche regulative und gesetzliche Rahmen für die Zuständigkeiten der jeweiligen Verwaltungsebene und die Übernahme von Funktionen und Mandaten durch die Gebietskörperschaften besteht. Neben dem oben erwähnten Sofortprogramm konnten zuletzt auch die Fiskaltransfers an die Gebietskörperschaften gesteigert und Eigeneinnahmen in einzelnen Gemeinden erhöht werden.

Herleitung des Modulziels: Trotz hoher politischer Aufmerksamkeit für Dezentralisierung bestehen nach wie vor institutionelle Defizite in der Steuerung und Koordination des Dezentralisierungsprozesses. Abstimmungs- und Koordinationsmechanismen zwischen Ministerien, den Gebietskörperschaften und nichtstaatlichen Akteuren sind schwach, sodass Zuständigkeiten und Mandate trotz bestehender regulativer Grundlagen oft unklar sind und die Bedarfe der Bevölkerung nicht ausreichend berücksichtigt werden können (Kernproblem). Das Modulziel lautet: Die gemeinschaftliche Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses durch alle relevanten Akteure in Mauretanien ist verbessert.

Ursachen und Bewertung der Veränderbarkeit: Das mauretanische Dezentralisierungsministerium als politisches Organ der Dezentralisierung ist organisational und funktional noch nicht vollends aufgebaut und muss seine Rolle im institutionellen Gefüge Mauretaniens sowie seine Arbeits- und Kooperationsbeziehungen zu anderen Ressorts und Akteuren noch finden. Diese Ursache ist durch das TZ-Modul veränderbar. Teilweise werden Kompetenzen zwar de jure übertragen, der für die faktische Übernahme von Mandaten erforderliche Transfer von Ressourcen an die Gebietskörperschaften bleibt jedoch aus oder verzögert sich. Diese Ursachen sind durch das TZ-Modul teilweise veränderbar im Rahmen der Beratung zur Mittelallokation im Dezentralisierungsprozess mit der Ausarbeitung entsprechender Entscheidungs- und Beschlussvorlagen für politische Gremien. Die letztliche Entscheidung über Art und Höhe der Ressourcentransfers liegt aber jenseits der Einflussmöglichkeiten des TZ-

Moduls und stellen ein Risiko für die Durchführung und langfristige Verankerung dar (siehe Kapitel 6.2). In der Folge mangelt es vielen mauretanischen Gemeinden und Regionen an finanziellen, aber auch materiellen und personellen Ressourcen sowie fachlichen Kapazitäten, um die ihnen übertragenen Dienstleistungsfunktionen adäquat und bürgernah erbringen zu können. Diese Ursache ist durch das TZ-Modul nur mittelbar veränderbar, da es nicht auf lokaler Ebene interveniert (aber andere TZ-Module des EZ-Programms, siehe Kapitel 2.1). Allerdings trägt das TZ-Modul zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Dezentralisierung bei, die auch eine verbesserte Mittelausstattung der Gebietskörperschaften zum Ziel hat. Die Beharrungskräfte eines zentralistischen Staatsaufbaus sind groß und die Übertragung sektoraler Zuständigkeiten von Fachministerien auf die sub-nationale Ebene erfolgt nur langsam. Sektorministerien erkennen zwar grundsätzlich die wichtige Rolle von Gebietskörperschaften für Teilhabe, bürgernahe Regierungsführung (*gouvernance de proximité*) und flächendeckende Staatlichkeit an, setzen Maßnahmen in der Fläche (zum Beispiel Gesundheitskampagnen) aber meist über ihre eigenen, dekonzentrierten Strukturen um. Gebietskörperschaften und die dort lebende Bevölkerung werden – wenn überhaupt – nur am Rande einbezogen, selbst wenn sie qua Gesetz Zuständigkeiten in den jeweiligen Bereichen haben. Diese Ursachen sind durch das TZ-Modul veränderbar.

Das TZ-Modul baut auf **bisher erreichten Wirkungen** verschiedener Vorgängerphasen auf, die wesentliche Veränderungen auf der lokalen Ebene ermöglicht haben. Zu nennen sind die Steigerung der Leistungsfähigkeit kommunaler Verwaltungen für die Planung und Durchführung lokaler Entwicklungsmaßnahmen (TZ-Modul „Bürgerorientierte Politik fördern“, PN 2012.2174.6, Laufzeit 01/2014 bis 12/2017), die Einführung eines Systems zur Leistungsfähigkeit der Gemeindeverwaltungen (*Mesures de Performances*, MDP) (TZ-Modul „Unterstützung der Reformprozesse in den Bereichen Öffentliche Finanzen und Dezentralisierung in Mauretanien“, PN 2017.2017.6, Laufzeit 01/2018 bis 01/2022) sowie die Digitalisierung lokaler Verwaltungsprozesse, etwa im Bereich Haushaltsplanung und -ausführung (TZ-Modul „Förderung einer verantwortungsvollen Regierungsführung, PN 2021.2090.5, Laufzeit 01/2022 bis 12/2025).

4 Ziele, Wirkungshypothesen, Indikatoren und Partner des Moduls

4.1 Ziele, Zielgruppe, Wirkungshypothesen und Indikatoren

Modulziel: Die gemeinschaftliche Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses durch alle relevanten Akteure in Mauretanien ist verbessert.

Indikatoren:

1. Anzahl von Beschluss- und Entscheidungsvorlagen zur Implementierung der Nationalen Strategie für Dezentralisierung und lokale Entwicklung, die zu rechtsverbindlichen Vorgaben der öffentlichen Verwaltung geworden sind

Basiswert: 1 Beschluss- und Entscheidungsvorlage, die zu einer rechtsverbindlichen Vorgabe geworden ist (2025)

Zielwert: 6 Beschluss- und Entscheidungsvorlagen, die zu rechtsverbindlichen Vorgaben geworden sind (12/2028)

2. Anzahl der Rahmenverträge zwischen dem Dezentralisierungsministerium, ausgewählten Sektorministerien und Gebietskörperschaften, die die Übertragung von Kompetenzen und Ressourcen inklusive der gemeinsamen Erbringung von Basisdienstleistungen auf die dezentralisierte Ebene regeln

Basiswert: 2 Rahmenverträge (2025)

Zielwert: 11 Rahmenverträge (12/2028)

3. Anzahl der durch innerstaatliche Dialog- und Kommunikationsmaßnahmen im Rahmen des Dezentralisierungsprozesses erreichten Personen

Basiswert: 10.000 Personen (2025)

Zielwert: 500.000 Personen, davon 250.000 Frauen, 150.000 Jugendliche und 50.000 Geflüchtete bzw. Menschen in aufnehmenden Gemeinschaften (12/2028)

Die Basis- und Zielwerte von Modulziel-Indikator 3 sind vorläufig. Sie werden im ersten Durchführungsjahr geprüft und im Rahmen der ersten Berichterstattung ggfs. angepasst.

Die Indikatoren der SCAPP wurden nicht verwendet, da die relevanten Basis- und Zielwerte im Abschnitt 3 „Stärkung der Governance in all ihren Dimensionen“ (Levier stratégique 3: Renforcement de la gouvernance dans toutes ses dimensions“) ein zu hohes Aggregationsniveau aufweisen und aufgrund der damit verbundenen Zuordnungslücke nicht für die Erfassung der Wirkungen auf Outcome-Ebene geeignet sind. Sie sind zudem nicht wertbestückt.

Für weitere Details siehe grafische Darstellung der Wirkungslogik und die Wirkungsmatrix in der Anlage.

Zielgruppe sind als Mittler Fach- und Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung auf nationaler und subnationaler Ebene inklusive der kommunalen und regionalen Verwaltungen. Auf nationaler Ebene unterstützt das TZ-Modul vor allem das Personal des Dezentralisierungsministeriums (MDDDL) und der Generaldirektion für Dezentralisierung und lokale Entwicklung (DGDDL) sowie Fachpersonal der für den Dezentralisierungsprozess relevanten Sektorministerien Bildung, Gesundheit und Umwelt. Auf subnationaler Ebene gehören Regional- und Gemeinderäte, Regionalratspräsidenten und Bürgermeister, die regionalen und kommunalen Verwaltungen sowie die dekonzentrierten Strukturen der Sektorministerien zu den primären Mittlern, die über das Komitee zur Übertragung von Kompetenzen an die Gebietskörperschaften (*Commissé Technique du Transfert de Competences*) unmittelbar in die Koordination und Gestaltung des Dezentralisierungsprozesses eingebunden sind. Hinzu kommen die Fachkräfte von Verbänden der Gebietskörperschaften als Sprachrohr lokaler Belange, von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die insbesondere die Interessen von Jugendlichen und von Frauen vertreten sowie gegebenenfalls privatwirtschaftliche Akteure. Die Auswahl der Fach- und Führungskräfte erfolgt durch die Partnerinstitutionen, jedoch wird durch

das TZ-Modul auf eine starke Vertretung von Frauen und jungen Menschen hingewirkt. Institutionalisierte Interessenvertretungen wie zum Beispiel die Beobachtungsstelle für Frauenrechte (*Observatoire National des Droits des Femmes et des Filles*, ONDFF) werden ebenfalls einbezogen, um sicherzustellen, dass genderspezifische Belange in der Gestaltung des mauretanischen Dezentralisierungsprozesses berücksichtigt werden.

Über diese Mittler wird potenziell die gesamte Bevölkerung Mauretaniens erreicht (ca. 4,7 Mio. Menschen, davon ca. 60 % Jugendliche unter 25 Jahren), die durch verbesserte Steuerung des und Koordination im Dezentralisierungsprozess mittel- bis langfristig von bürgerorientierter Verwaltung, verbesserter lokaler Dienstleistungserbringung und inklusiver Regierungsführung profitieren. Auch die derzeit ca. 280.000 Flüchtlinge in Mauretanien profitieren von verbesserten Rahmenbedingungen für sozioökonomische Teilhabe in aufnehmenden Gemeinden insbesondere entlang der Grenz zu Mali.

Wirkungshypothesen: **Output 1** zielt darauf ab, die institutionellen Kapazitäten des MDDDL für die politische Steuerung und der DGDDL für die administrative Koordination zu stärken. Beide Institutionen teilen sich das Mandat für die Gestaltung und gemeinschaftliche Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses (siehe Modulziel). Die Wirkungshypothese lautet, dass der Erfolg von Dezentralisierungsansätzen nicht nur von der Verbesserung lokaler Regierungsführung im Sinne der Stärkung öffentlicher Dienstleistungserbringung abhängt, sondern auch vom regulatorischen Rahmen und dem Zusammenspiel der Verwaltungsebenen. Denn nur wenn MDDDL und DGDDL ihre Rolle als die treibenden Kräfte für Dezentralisierung in Mauretanien in der makropolitischen Rahmensetzung ausfüllen und gesetzliche Vorgaben und Steuerungsdokumente erstellt und regelmäßig angepasst werden, können sie den konkreten Transfer von Ressourcen und Kompetenzen an die Gebietskörperschaften als Kernelement eines dezentralen Staatsaufbaus initiieren und moderieren (siehe hierzu OECD (2019), „*Making Decentralisation work: A handbook for policy-makers*“). Dies erfolgt unter den Annahmen, dass insbesondere das MDDDL finanziell und personell so ausgestattet wird, dass es arbeitsfähig ist, institutionelle Unklarheiten bezüglich der institutionellen Hoheit im Dezentralisierungsprozess auf politischer Ebene gelöst werden können und Dezentralisierung auch im Falle eines Regierungswechsels bzw. personeller Fluktuation eine politische Priorität bleibt (siehe auch Kapitel 6.2).

Output 2 hat zum Ziel, die horizontale und vertikale Koordination im Dezentralisierungsprozess zu verbessern. Dies umfasst sowohl die Abstimmung auf nationaler Ebene zwischen MDDDL, DGDDL und den für Bildung, Gesundheit und Umwelt zuständigen Sektorministerien (horizontal) als auch die Einbindung relevanter Akteure auf subnationaler Ebene (vertikal), was für eine gemeinsam getragene Umsetzung der Dezentralisierung (siehe Modulziel) unabdingbar ist. Die Wirkungshypothese lautet, dass ressort- und ebenenübergreifende Zusammenarbeit und das Schnittstellenmanagement zwischen Verwaltungseinheiten Schlüsselemente funktionierender Staatlichkeit sind (siehe H. Oberreuter, 2022, „Föderalismus“, in Herder-Staatslexikon), welche sich in Mauretanien an geteilten Zuständigkeiten zwischen dezentrierten und dezentralisierten Strukturen in der Entwicklungs- und Investitionsplanung, der Bereitstellung sozialer und wirtschaftlicher Infrastrukturen und Dienstleistungen, der lokalen Wirtschaftsförderung oder der Bürgerbeteiligung bereits teilweise manifestieren. Hierfür ist der Aufbau von Management- und Koordinationsstrukturen erforderlich, die den Umfang und die Sequenzierung des Ressourcen- und Kompetenztransfers an die

Gebietskörperschaften ausgestalten. Dies erfolgt unter den Annahmen, dass mögliche Veto-Akteure (wie zum Beispiel die *Walīs* oder *Hakems* als ernannte Vertreter des Zentralstaates in der Fläche) keine Blockadehaltung im Dezentralisierungsprozess einnehmen bzw. einer Stärkung der Gebietskörperschaften im Sinne eines dezentralen Staatsaufbaus positiv gegenüberstehen (siehe Kapitel 6.2) und dass Dezentralisierungsreformen landesweit unter Einbezug aller Regionen und Gemeinden durchgeführt werden können.

Output 3 schließlich zielt darauf ab, den innerstaatlichen Dialog zu stärken, um einerseits Mitsprache der Bevölkerung zu ermöglichen und andererseits die Ziele, Verantwortlichkeiten und Ergebnisse im Dezentralisierungsprozess zielgruppenspezifisch zu kommunizieren. Hierfür werden Kommunikations- und Austauschformate geschaffen, die zum einen die gesellschaftlichen Bedarfe in den Dezentralisierungsprozess aufnehmen können und zum anderen die Öffentlichkeit und den politischen Raum über Umfang, Dauer und zu erwartende Ergebnisse der Dezentralisierungsreform und der jeweiligen Umsetzungsschritte informieren (siehe Modulziel). Die Wirkungshypothese lautet, dass ein direkter Zusammenhang zwischen dem Erfolg von Governance-Reformen und der zielgruppenspezifischen Kommunikation bzw. dem Dialog zwischen der Bevölkerung und öffentlichen Stellen (siehe zum Beispiel Govern4Impact, 2025, „*The Policy Governance And Dialogue Interconnection*“) besteht. Dies umfasst sowohl die Vermittlung von Inhalten, Mandaten und zur Verfügung stehenden Ressourcen im Dezentralisierungsprozess sowie auch die Schaffung von Kanälen für die Rückkoppelung von Erwartungen und Erfahrungen „von unten“, das heißt direkt von der Bevölkerung oder von zivilgesellschaftlichen Organisationen als Fürsprecher spezifischer Belange. Dies erfolgt unter der Annahme, dass die Erwartungshaltung der Bevölkerung bezüglich des unmittelbaren Nutzens von Dezentralisierung und insbesondere hinsichtlich der Erbringung von bürgernahen Dienstleistungen auf lokaler Ebene durch entsprechende Maßnahmen sowie die komplementäre Umsetzung mit anderen TZ-Modulen und Ansätzen anderer Geber auf lokaler Ebene (siehe Kapitel 2.1 und 2.2) positiv beeinflusst werden kann.

Die strategischen Vorgaben des BMZ wurden berücksichtigt.

4.2 Träger- und Partnerstruktur

Politischer Träger ist das mauretanische Wirtschafts- und Entwicklungsministerium (*Ministère des Affaires Économiques et du Développement*, MAED).

Der politische Träger, das Wirtschafts- und Entwicklungsministerium Entwicklungsministerium (*Ministère des Affaires Économiques et du Développement*, MAED), erhält mit der Auftragserteilung das Recht, die an ihn zu erbringenden Leistungen unmittelbar von der GIZ zu verlangen. Die GIZ und der politische Träger werden die Einzelheiten in einem Durchführungsvertrag regeln. Das BMZ kann seine Rechte aus dem Auftrag, insbesondere diejenigen nach dem Generalvertrag, ohne Zustimmung des politischen Trägers ausüben.

Das MAED ist in Mauretanien für die Koordinierung aller Maßnahmen der internationalen Zusammenarbeit verantwortlich und als politischer Träger gesetzt. Es ist formal auf Partnerseite für die Steuerung und Umsetzung des TZ-Moduls verantwortlich und stützt sich dabei wesentlich auf die Durchführungspartner und Institutionen der nachgelagerten Partnerstruktur.

Durchführungspartner sind das Dezentralisierungsministerium (MDDDL), die Generaldirektion für Dezentralisierung und lokale Entwicklung (DGDDL) und jene Direktorate in den

Ministerien für Bildung, Gesundheit und Umwelt, die mit der Umsetzung dezentraler Ansätze betraut sind bzw. deren Mandate mittelfristig im Rahmen des Dezentralisierungsprozesses an dezentralisierte Gebietskörperschaften übertragen werden sollen.

Das Dezentralisierungsministerium ist als delegiertes Ministerium in das Innenministerium (MID) integriert, genießt aber gewisse Eigenständigkeit. Es ist im institutionellen Gefüge Mauretaniens zuständig für die Steuerung und Koordinierung des Dezentralisierungsprozesses und hat Bedarf an interner Organisations- und Kapazitätsentwicklung. Die DGDDL hatte ursprünglich dieses Mandat inne, jedoch als Generaldirektion im Innenministerium mit geringerer politischer Sichtbarkeit und Durchschlagskraft. Sie ist formal weiterhin für die administrative Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses und dessen Regulierung zuständig, ihr Mandat ist jedoch nicht klar abgrenzbar vom MDDDL. Zwischen den beiden Institutionen besteht eine gewisse Hybridität (siehe Kapitel 6.2). Es besteht die Möglichkeit, dass die DGDDL mittelfristig eine Generaldirektion im MDDDL wird.

Die Sektorministerien für Bildung, Gesundheit und Umwelt sind für die Umsetzung sektoraler Ziele und Strategien zuständig, für die sie über dekonzentrierte Strukturen in der Fläche verfügen. Sie haben Unterstützungsbedarf bei der Ausrichtung bzw. Integration ihrer Politiken in den nationalen Dezentralisierungsprozess bzw. die Einbeziehung der gebietskörperschaftlichen Ebene in subnationale Maßnahmen.

Rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen zum Eingrenzen von Korruption im Partnersystem bestehen zwar, weisen jedoch Schwächen auf. Korruptionspraktiken können im Rahmen des Dezentralisierungsprozesses auf die subnationale Ebene übertragen bzw. dort verstärkt werden (siehe auch Kapitel 6.2).

Institutionen der nachgelagerten Partnerstruktur sind auf subnationaler Ebene Regional- und Gemeinderäte, Regionalratspräsidenten und Bürgermeister, die regionalen und kommunalen Verwaltungen und dekonzentrierten Strukturen der Sektorministerien sowie zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche Akteure, die sich im Bereich lokaler Regierungsführung und Entwicklung engagieren. Sie werden insbesondere im Rahmen der vertikalen Koordinationsmaßnahmen (siehe Output 2) in den Dezentralisierungsprozess eingebunden und spielen eine wichtige Rolle beim Schnittstellenmanagement, bei der konkreten Umsetzung der Kompetenz- und Ressourcenübertragung sowie beim Monitoring des Dezentralisierungsprozesses. Die personellen Kapazitäten sowie die finanziellen und materiellen Ressourcen der subnationalen Akteure sind sehr begrenzt, insbesondere in entlegenen Gebieten. Auf nationaler Ebene sind der Hohe Rat für Dezentralisierung (*Haut Conseil de la Décentralisation*) sowie die gebietskörperschaftlichen Verbände *Association des Maires de Mauritanie* (AMM) und *Association Mauritanienne des Régions* (AMR) zu nennen, die eine wesentliche Rolle in der Skalierung von Maßnahmen bzw. der Kommunikation in den politischen und öffentlichen Raum spielen.

5 Gestaltung des Moduls

5.1 Methodischer Ansatz und Laufzeit

Laufzeit: Von 01/2026 bis 12/2028 (3 Jahre).

Strategie: Konzeptionell legt das TZ-Modul seinen Schwerpunkt auf die zentralstaatliche Ebene und zielt auf die Befähigung nationaler Akteure zur Steuerung und Koordination des mauretanischen Dezentralisierungsprozesses sowie die Weiterentwicklung des erforderlichen regulativen und gesetzlichen Rahmens ab (Output 1). Lokale Akteure werden in den Aufbau der Abstimmungsmechanismen eingebunden (Output 2) und die Maßnahmen zur Stärkung des innerstaatlichen Dialogs in Output 3 legen einen besonderen Fokus auf lokale Belange im Dezentralisierungsprozess. Jedoch interveniert das TZ-Modul nicht direkt auf lokaler Ebene: der Mehr-Ebenen-Ansatz wird komplementär mit anderen TZ-Modulen des EZ-Programms (siehe Kapitel 2.1) bzw. des deutschen EZ-Portfolios und Ansätzen anderer Geber auf der lokalen Ebene (siehe Kapitel 2.2) sichergestellt. Damit unterstützt das TZ-Modul den Aufbau des makropolitischen Rahmens für Dezentralisierung, der für die erfolgreiche Umsetzung lokaler Maßnahmen anderer EZ-Ansätze und Geber unabdingbar ist.

Der *Capacity Development*-Ansatz des TZ-Moduls sieht Kapazitätsentwicklung auf allen drei Ebenen vor: Auf individueller Ebene werden die organisationalen, strategischen, managerialen und fachlichen Kapazitäten von Fach- und Führungskräften der für den Dezentralisierungsprozess relevanten Institutionen gestärkt. Hierbei liegt ein Fokus auf der gleichberechtigten Personalentwicklung von Frauen und Männern. Auf institutioneller Ebene werden vor allem das MDDDL, die DGDDL sowie die aus ihnen hervorgehenden Organe (wie zum Beispiel das technische Komitee zum Transfer von Kapazitäten und Finanzen) zu Fragen der Organisationsentwicklung (zum Beispiel interne Verwaltungsabläufe, Organigramm, Erstellung von Aufgabenprofilen für die Nutzung IT-Anwendungen usw.) und zur gemeinsamen Planung, Steuerung und Strategieentwicklung im Dezentralisierungsprozess beraten. Dies umfasst auch die inklusive Ausgestaltung der Koordinationsmaßnahmen unter Einbeziehung der beteiligten Sektorministerien aus den Bereichen Bildung, Gesundheit und Umwelt sowie subnationaler Akteure. Auf der gesellschaftlichen Ebene werden akteurs- und ebenenübergreifende Dialog-, Koordinierungs- und Kooperationsforen aufgebaut und verstetigt (vertikale und horizontale Kooperation), die die Arbeitsteilung im Dezentralisierungsprozess definieren, zum Beispiel durch Rahmenverträge (*contrat-cadre*) zur Regelung der Zusammenarbeit und Koordination für die Übertragung von spezifischen Zuständigkeiten auf die dezentralisierte Ebene. Sie bilden die Grundlage für den anvisierten Ressourcen- und Kompetenztransfer auf Basis des Aktionsplans (*feuille de route*) für den Dezentralisierungsprozess sowie die Umsetzung von Skalierungsmaßnahmen (siehe auch Kapitel 5.2).

Die mauretanische nationale Genderstrategie „*Stratégie Nationale d’Institutionnalisation du Genre*“ (SNIG, 2015-2025), deren neue Auflage aktuell unter dem Titel „*Stratégie Nationale d’Institutionnalisation et de Promotion des Droits de la Femme*“ (SNIPDF) für die nächsten fünf Jahre erarbeitet wird, sieht für die Sektorministerien eine strukturelle Verankerung von Gender-Themen in Form von abteilungsübergreifenden Gender-Arbeitsgruppen und -Ansprechstrukturen (*Cellules Genre*) vor. Die sektorübergreifende Koordination liegt im für das Thema federführenden MASEF. Nicht alle Ministerien haben diese Strukturen mit den nötigen Kompetenzen und Strategien versehen oder bisher überhaupt eingerichtet. Zu letzteren gehört das Dezentralisierungsministerium. Im Rahmen des TZ-Moduls ist die Integration von genderspezifischen Belangen ein Querschnittsziel, zum Beispiel durch die Integration von Paritäts- und Inklusionsstandards in nationalen Leitlinien oder die Adressierung spezifischer Bedarfe von Frauen und Mädchen in Dialog- und Kommunikationsmaßnahmen. Hierbei greift

das TZ-Modul gezielt auf Erfahrungen und Netzwerke aus Vorgängerphasen (zum Beispiel das *Réseau des Femmes Élues Locales d'Afrique* – REFELA *Mauritanie*), anderen TZ-Modulen des EZ-Programms (siehe Kapitel 2.1) bzw. anderen Gebern (siehe Kapitel 2.2) zurück.

Da Dezentralisierungsreformen immer auch Fragen der Macht- und Ressourcenverteilung in den Blick nehmen, ist *do no harm* eine wichtige Richtschnur für die Umsetzung des TZ-Moduls. Die inklusive Gesamtansatz zwischen zentralstaatlicher und gebietskörperschaftlicher Ebene bzw. staatlichen sowie nichtstaatlichen Akteuren in Verbindung mit dem für die anvisierte Kompetenz- und Ressourcenübertragung zentralen Management von Schnittstellen stellen sicher, dass das TZ-Modul zu einem gemeinschaftlich getragenen und in der Breite akzeptierten Verständnis für einen dezentralen Staatsaufbau in Mauretanien beiträgt. Kontextfaktoren, mögliche politische Risiken und nicht-intendierte Wirkungen (siehe Kapitel 6.2) beobachtet das TZ-Modul im Rahmen eines kontextsensiblen Wirkungsmonitorings sowie regelmäßiger Umfeldbeobachtungen und Bewertungen innerhalb der GIZ-Portfolios, mit dem Auftraggeber und der Deutschen Botschaft vor Ort.

Instrumenteneinsatz: Es kommen insgesamt drei internationale (2,1 VZÄ) und sechs nationale LZFK, KZE sowie Sachgüter im Umfang von EUR 300.200 zum Einsatz.

Eine internationale LZFK ist in Output 1 für die Organisationsentwicklung und strategische Beratung der MDDDL und der DGDDL zuständig und stellt deren institutionelle Förderung zur verbesserten Steuerung und Koordination des Dezentralisierungsprozesses sicher. Eine weitere internationale LZFK ist in Output 3 für die Fach- und Prozessberatung zu Gestaltung eines innerstaatlichen Dialogs inklusive der damit verbundenen Maßnahmen verantwortlich. Die dritte internationale LZFK ist anteilig für das Finanzmanagement zuständig (zu 10 % aus Teil einer gebündelten vorhabenübergreifenden *Service Unit*). Die Auftragsverantwortung obliegt einer nationalen LZFK, die für die Gesamtsteuerung und strategische Ausrichtung des TZ-Moduls verantwortlich ist. Sie stellt auch die operative Verzahnung mit den anderen TZ-Modulen des EZ-Programms bzw. den Ansätzen anderer Geber sicher. Eine weitere nationale LZFK ist für die fachliche Weiterentwicklung und strategische Verankerung digitaler Ansätze im Dezentralisierungsprozess zuständig (Output 1 und 2) zuständig. Sie wird in enger Zusammenarbeit mit dem TZ-Modul *ProDigit - Förderung der digitalen Transformation* (PN 23.2239.4) an der Schnittstelle zwischen Digitalisierungs- und Dezentralisierungsministerium eingesetzt (siehe auch Kapitel 2.1). Zwei weitere nationale LZFK übernehmen die Fach- und Prozessberatung zur Ausgestaltung der vertikalen und horizontalen Koordinationsmechanismen (Output 2) und ebenfalls zwei nationale beraten die Partner bei der Erstellung und Durchführung von Kommunikations- und Dialogmaßnahmen (Output 3). KZE kommen unter anderem bei Output 2 für fachliche Beratung an den Schnittstellen zwischen Dezentralisierung und den Sektoren Gesundheit, Bildung und Umwelt zum Einsatz. Über eine Kooperationsvereinbarung mit *France Volontaire* wird zudem eventuell ein regionaler Experte zur Stärkung des mauretanischen Gemeindeverbandes (*Association des Maires de Mauritanie*) zum Einsatz kommen.

Die für Umsetzung des TZ-Moduls notwendige Expertise steht im mauretanischen Arbeitsmarkt nur teilweise zur Verfügung, weshalb gewisse fachliche, strategische und manageriale Aufgaben durch internationale LZFK sichergestellt werden. Wo möglich kommen nationale

und internationale LZFK anteilig zum Einsatz durch portfolioübergreifende Bündelung. Punktuelle Expertise in Bereichen, die durch den Personalkörper des TZ-Moduls nicht abgedeckt werden können, werden gezielt durch KZE ergänzt. Insgesamt stellt der Instrumentenmix so die wirtschaftlichste Variante dar, um die für das TZ-Modul anvisierten Wirkungen zu erreichen.

Output 1 zielt auf die institutionelle Stärkung des MDDDL und der DGDDL zur Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses ab. Dies geschieht durch Organisations- und Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen (zum Beispiel die Erstellung von Aufgaben- und Stellenbeschreibungen oder die Fortbildung von neuem Verwaltungspersonal), Fachberatung zur Integration digitaler Ansätze und Sachgüterbeschaffung, um die organisatorisch-institutionellen Voraussetzungen zur Steuerung und Koordination des Dezentralisierungsreformprozesses zu stärken. Neben der institutionellen Förderung fallen hierunter auch die Überarbeitung und Aktualisierung regulativer Rahmendokumente und Strategien (Gesetze, Erlasse, Verordnungen, administrative Vorgaben etc.), die entsprechend der weiteren Vertiefung und Ausweitung des Dezentralisierungsprozesses angepasst und als Beschluss- und Entscheidungsvorlagen für politische Gremien auf nationaler Ebene (zum Beispiel Ministerrat, Parlament etc.) zur Verabschiedung eingebracht werden müssen.

Output 2 unterstützt die horizontale und vertikale Koordination im Dezentralisierungsprozess zwischen Fach- und Sektorministerien auf der einen (horizontal) und der nationalen bzw. subnationalen Verwaltungseben (vertikal) auf der anderen Seite. Das dafür eingerichtete und vom MDDDL zu steuernde (siehe Output 1) technische Komitee (*Comité Technique du Transfert des Compétences*) dient dazu, die Mandate, Rollen und Zuständigkeiten der verschiedenen Akteure zu klären und verbindliche Formen der Kooperation abzustimmen. Mit Blick auf die Sektoren ist zunächst die Einbindung der Ressorts Bildung, Umwelt und Gesundheit vorgesehen, in denen konkrete Maßnahmen zur Übertragung von Zuständigkeiten und Ressourcen an die Gebietskörperschaften festgehalten werden sollen. Die Einbindung nichtstaatlicher Akteure in thematische Arbeitsgruppen, die die inhaltlichen Ausarbeitungen für das technische Komitee übernehmen, stellt sicher, dass die Bedarfe der Bevölkerung und benachteiligter Gruppen in spezifischen lokalen Entwicklungsansätzen berücksichtigt werden (zum Beispiel bei der lokalen Dienstleistungsversorgung oder Gestaltung von Infrastrukturen). Im Rahmen der Abstimmungsrunden soll auch ein Monitoringsystem aufgebaut werden, das den Fortschritt beim Transfer der Kompetenzen und Ressourcen festhält.

Output 3 sieht vor, den innerstaatlichen Dialog zu stärken, um Bedarfe der Bevölkerung aufgreifen zu können und Ziele, Verantwortlichkeiten und Ergebnisse im Dezentralisierungsprozess zielgruppenspezifisch zu vermitteln. Dies umfasst eine von allen Akteuren im Dezentralisierungsprozess gemeinsam erstellte Kommunikations- und Dialogstrategie, die die Zuständigkeiten, Inhalte und Zielgruppenorientierung operationalisiert. Darauf aufbauend sollen konkrete Kommunikations- und Austauschkampagnen einerseits Reformkommunikation und damit verbunden Erwartungshaltungsmanagement in der Öffentlichkeit und dem politischen Raum ermöglichen. Andererseits sollen lokale Erfahrungen und Bedarfe der Bevölkerung bzw. benachteiligter Gruppen aufgenommen und – für den Dezentralisierungsprozess sichtbar gemacht – verwertet werden.

Outputs	Wesentliche Aktivitäten	Zeitraumen / Meilensteine	Eingesetzte Instrumente (Anzahl / Größenordnung)
Output 1	Fachberatung zur Erstellung und Überarbeitung von Gesetztestexten und makropolitischen Steuerungsdokumenten (z. B. Dezentralisierungsstrategie) OE-Beratung u. a. zur Erstellung von Aufgaben- und Stellenbeschreibungen (z. B. zur Nutzung digitaler Ansätze), zur Entwicklung eines Personalkonzepts und zur Aktualisierung von Organisationsstrukturen (Organigramm etc.) Finanzierung von Studien und Evaluierungen Kapazitätsentwicklung und Fachberatung, z. B. zum bestehenden regulatorischen Rahmen, Verwaltungsstandards oder Prozessmanagement	Aufgabenbeschreibungen und Stellenprofile für noch zu besetzende Stellen liegen vor (06/2026) Ein Organigramm mit den Zuständigkeiten im MDDDL liegt vor (12/2026)	Internationale LZFK (33FKM) Nationale LZFK (129 FKM) KZE (16 FKM) Sachgüter 100.090 EUR
Output 2	Fachberatung zur Erstellung von Beschlussvorlagen für die Entscheidungsfindung auf politischer Ebene Fach- und Prozessberatung zum Schnittstellenmanagement und zur Organisation und Koordination der Arbeitsgruppen und -treffen Fachliche Begleitung bei der regelmäßigen Durchführung von Koordinationsformaten auf nationaler und subnationaler Ebene	Die konstituierende Sitzung des Technischen Komitees hat stattgefunden (03/2026) 3 thematische Arbeitsgruppen sind eingerichtet (04/2027)	Internationale LZFK (8 FKM) Nationale LZFK (196 FKM) KZE (36 FKM) Sachgüter 100.090 EUR
Output 3	Fach- und Prozessberatung zur gemeinsamen Entwicklung einer Dialog- und Kommunikationsstrategie Finanzierung und Fach- bzw. Prozessberatung zur Durchführung von innerstaatlichen Dialog- und Kommunikationsmaßnahmen (analog und digital) Finanzierung und Organisation von Austauschformaten zwischen der Bevölkerung und staatlichen Akteuren der verschiedenen Ebenen, insbesondere in der Fläche	Ein sektorübergreifendes Dialog- und Kommunikations-Team ist eingerichtet (06/2026) 3 Dialog- und Kommunikationsmaßnahmen haben stattgefunden (02/2027)	Internationale LZFK (23 FKM) Nationale LZFK (60 FKM) KZE (5 FKM) Sachgüter 100.020 EUR

5.2 Sicherstellung der nachhaltigen Wirksamkeit der Maßnahmen (Outcomes)

Da Dezentralisierung ein enorm hohes politisches Momentum in Mauretanien genießt, bestehen Potentiale, nachhaltige Strukturen für einen dezentralen Staatsaufbau auf makropolitischer Ebene auszubauen und Resilienz, Bürgernähe und die flächendeckende Erbringung staatlicher Kernfunktionen zu fördern. Zentraler Ansatzpunkt hierfür ist die Stärkung des neu eingerichtete Dezentralisierungsministerium MDDDL, das zusammen mit der DGDDL die Steuerungs- und Koordinationskompetenzen für den Dezentralisierungsprozess innehat und

die entsprechenden vertikalen und horizontalen Abstimmungsmechanismen initiiert und moderiert. Das TZ-Modul stärkt seine Stellung im institutionellen Gefüge Mauretaniens durch institutionelle Förderung, die Klärung von Mandaten, Zuständigkeiten und Schnittstellen sowie die Einigung auf Standardprozesse innerhalb des MDDDL bzw. in der Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren der Dezentralisierung. Die Nachhaltigkeit dieser Reformen kann jedoch nur erreicht werden, wenn der Dezentralisierungsprozess als Querschnittsaufgabe verschiedener sektoraler Politiken und Dezentralisierung von allen Akteuren auf nationaler und subnationaler Ebene als zentraler Faktor für Resilienz und Stabilität in Mauretanien verstanden werden. Dies hängt entscheidend von der inklusiven Gestaltung von Dialog- und Koordinationsformate ab, deren Verstetigung und Institutionalisierung durch das TZ-Modul gefördert werden. Hinzu kommt die Notwendigkeit einer breiten Akzeptanz und eines Verständnisses für die Dezentralisierungsreformen unter der Bevölkerung. Diese werden im Rahmen des TZ-Moduls mit Hilfe von zielgruppenspezifischen Dialog- und Kommunikationsmaßnahmen gesichert, die Ziele, Zuständigkeiten und Reformschritte vermitteln und gleichzeitig der Bevölkerung die Möglichkeit bieten, konkrete Bedarfe zu äußern. Nachhaltigkeit kann hier breitenwirksam für alle Bevölkerungsgruppen sichergestellt werden, wenn es gelingt, die Bedarfe von Frauen, Jugendlichen und Geflüchteten von Beginn an in der Ausgestaltung der Grundelemente der Dezentralisierungsreformen zu verankern.

5.3 Partnerleistungen, Kombifinanzierung

	Konkretisierung	Schätzung des Wertes
Kombifinanzierung (Geber)	-	-
Partnerleistungen	MDDDL und DGDDL: insgesamt bis zu 10 FKM Andere Ressorts: bis zu 5 FKM Gebietskörperschaften und andere beteiligte Akteure: bis zu 5 FKM Bereitstellung von Räumlichkeiten für Abstimmungsrunden sowie für Aus- und Fortbildungen. Übernahme von Transportkosten für Teilnehmende.	100.000 EUR

5.4 Auftragswert und detaillierte Kostenschätzung

Bis zu 5.000.000 EUR.

Im Auftragswert enthalten sind auch Kosten für die Teilnahme an Fachverbundarbeit im Fachverbund „*Good Governance Africa*“ (GGA) mit dem Ziel, die für die Auftragsdurchführung erforderliche fachliche Qualität und das Wissensmanagement zu sichern. Ebenfalls im Auftragswert enthalten sind Kosten für die Nachbereitung des Vorhabens sowie Kosten für Zwischen-/ Schlussevaluierungen des Vorhabens als wesentliches Instrument der Erfolgskontrolle und der Rechenschaftslegung der deutschen TZ.

Auch die Vorbereitung des TZ-Moduls ist Bestandteil des Auftrags. Die Vorbereitungskosten werden nach Beauftragung auf das Vorhaben gebucht. Bei Nichtbeauftragung werden die Kosten auf den Studien- und Fachkräftefonds Mauretanien (PN 2018.2258.4) umgebucht.

Die Vorbereitung und die Evaluierung von Vorhaben erfolgen nach dem zwischen BMZ und GIZ vereinbarten Verfahren, das die GIZ im Auftrag des BMZ durchführt.

Für eine detaillierte Kostenübersicht wird auf die Anlagen 3a „Kostenschätzung und Mittelabfluss nach Haushaltsjahren“ und 3b „Kosten-Output-Zuordnung“ verwiesen.

6 Bewertung der Wirkungen und der Risiken des Moduls

6.1 Bewertung der Wirkungen

Wirkungen allgemein: Die Stärkung des makropolitischen Rahmens für Dezentralisierung in Mauretanien zielt auf die Schaffung eines funktionalen Staates ab, der nach den Prinzipien der Subsidiarität flächendeckend Kernfunktionen von Staatlichkeit in allen Landesteilen Mauretaniens sicherstellt (siehe SDG 16). Hierfür ist das mittelfristige Ziel die sequenzierte Übertragung von Kompetenzen, Mandaten und Ressourcen von der nationalen auf die lokale Ebene zur Verbesserung einer adäquaten Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen (siehe EZ-Programmziel), unter anderem auch durch verbesserte Digitalisierung und Transparenz (siehe BMZ-Qualitätsmerkmal 2 „Anti-Korruption und Integrität sowie 6 „Digitalisierung“). In Mauretanien als Flächenland mit großen geographischen Distanzen ist Dezentralisierung kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, den Staat näher an die Bevölkerung zu bringen (*gouvernance de proximité*) und das Vertrauen der Bevölkerung in öffentliche Institutionen zu stärken (siehe DIG-2-Kennung). Das schafft Identifikation mit lokalen Strukturen und stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl, was ein Kernelement eines resilienten und stabilen Staatsaufbaus darstellt (siehe FS-1-Kennung und BMZ-Qualitätsmerkmal 6 „Konfliktsensibilität“).

Ökonomische Wirkungen: Dezentralisierung sichert – für sich allein gesehen - zwar keine wirtschaftliche Entwicklung, ist aber konstitutiv für die Schaffung förderlicher lokaler Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Entwicklung und sozioökonomische Teilhabe. Starke Gebietskörperschaften mit adäquater finanzieller Ausstattung sind in der Lage, lokale Entwicklung und Investitionen zu stimulieren, die sich positiv auf Einkommensgenerierung und Beschäftigung gerade auch in entlegenen Gebieten jenseits größerer Städte auswirken (siehe BMZ-Qualitätsmerkmal 2 „Armutsbekämpfung und Reduzierung von Ungleichheit“ sowie SDG 11 und 17.1)). Dies trägt zur Diversifizierung und Regionalisierung der wirtschaftlichen Entwicklung Mauretaniens bei und verringert die Abhängigkeit von extraktiven Wirtschaftszweigen, was sich positiv auf wirtschaftliche Stabilität und Resilienz auswirkt.

Ökologische Wirkungen: Das TZ-Modul berät nicht zu konkreten klima- und umweltrelevanten Dienstleistungen. Allerdings ist der Umweltbereich als ein Sektor vorgesehen, in dem explizite Zuständigkeiten und die dafür erforderlichen Ressourcen im Rahmen des Dezentralisierungsprozesses an die Gebietskörperschaften übertragen werden sollen. Es soll ihnen ermöglicht werden, Handlungsspielräume für ökologische Wirkungen eigenständig zu nutzen und lokal angepasste Umwelt- und Klimamaßnahmen gezielt vor Ort umzusetzen (zum Beispiel im Bereich Abfallmanagement, lokaler Transport, Infrastrukturen oder Desertifikationsbekämpfung). Hierfür ist das durch das TZ-Modul unterstützte Schnittstellenmanagement zwischen Gebietskörperschaften und dekonzentrierten Strukturen zentral, denn lokale Umwelt- und Klimaherausforderungen können nicht von den Gebietskörperschaften allein adressiert werden, sondern bedürfen sektorübergreifender Ansätze bzw. müssen qua Gesetz an

geltenden nationalen sektoralen Vorgaben ausgerichtet sein (siehe BMZ-Qualitätsmerkmal 3 „Umwelt- und Klimaprüfung“).

Soziale Wirkungen: Der inklusive Akteursansatz des TZ-Moduls bietet die Möglichkeit, alle Stimmen im Dezentralisierungsprozess zu berücksichtigen und insbesondere die Bedarfe kleinerer und entlegener Gemeinden sowie spezifischer Bevölkerungsgruppen durch die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Gruppierungen zu berücksichtigen. Durch die Stärkung der Gemeinden erhält die Bevölkerung unmittelbare Berührungspunkte mit dem Staat bzw. seinen Institutionen und kann Entscheidungen über lokale Teilhabeprozesse in für den Alltag wichtigen Dienstleistungsbereichen wie Gesundheit, Bildung oder Umwelt unmittelbar mitgestalten. Dabei wird insbesondere auch die Adressierung von Bedarfen von Frauen, Jugendlichen und anderen benachteiligten Gruppen strukturell verankert, Inklusion und Empowerment gefördert und Armut und Diskriminierung in der mauretanischen Gesellschaft entgegenwirkt (siehe GG-1-Kennung und BMZ-Qualitätsmerkmal 1 „Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung und Inklusion“ und SDG 10).

Schlussfolgerungen für die Konzeption des Moduls:

Das TZ-Modul verfolgt einen makropolitischen Beratungsansatz, der Dezentralisierung als Teil eines Staatsreformprozesses stärkt. Dies erfolgt an drei für die erfolgreiche Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses zentralen Anknüpfungspunkten: 1. Stärkung der Steuerungs- und Koordinierungskapazitäten auf nationaler Ebene, 2. verbesserte vertikale und horizontale Abstimmung und 3. innerstaatlicher Dialog. Innerhalb des EZ-Programms ergänzt das TZ-Modul die anderen überwiegend auf lokaler Ebene intervenierenden TZ-Module konzeptionell um eine makropolitische und regulative Dimension, wodurch programmweit ein Mehr-Ebenen-Beratungsansatz sichergestellt wird. Das TZ-Modul schafft damit die Voraussetzungen für die konkrete Übertragung von Zuständigkeiten und Ressourcen an die Gebietskörperschaften in ausgewählten Sektoren und trägt so mittelfristig zu flächendeckender Dienstleistungserbringung auf dezentraler Ebene bei.

Kennungen und Schlüsselworte sind in der Anlage 4a tabellarisch zusammengefasst. Außerdem wird auf die vertieften Prüfungen der Qualitätsmerkmale Menschenrechte und Konfliktsensibilität (*integrated Peace and Conflict Analysis*) sowie Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion (Gender-Analyse) in der Anlage verwiesen.

6.2 Bewertung der Risiken für die Wirksamkeit des Moduls

Politisches Risiko: Trotz derzeitiger relativer Stabilität in Mauretanien besteht das Risiko plötzlicher Regierungswechsel und personeller Fluktuation auf politischen Führungspositionen, die den eingeschlagenen Reformweg in Frage stellen können. Im Dezentralisierungsprozess bestehen Kompetenzstreitigkeiten und unklare institutionelle Zuständigkeiten zwischen dem neu gegründeten Dezentralisierungsministerium MDDDL und der Generaldirektion für Dezentralisierung und lokale Entwicklung DGDDL, die zu Blockaden des Dezentralisierungsprozesses auf politischer Ebene führen können. Die Unterstützung für den Dezentralisierungsprozess durch die Sektorministerien ist zunächst nur deklaratorisch: tatsächlich gehen für sie damit potenziell der Abbau bzw. die Verlagerung von Personal, Einfluss sowie die Reduktion eigener sektoraler Mittel einher, was Widerstände hervorrufen kann. Dadurch können sie an spezifischen Stellen im Dezentralisierungsprozess zu Veto-Akteuren werden,

ebenso die *Walis* und *Hakems* als Vertreter des Zentralstaates in der Fläche. Ohne politische Flankierung durch die mauretanische Regierung wird es kaum möglich sein, sie in einem präziser gefassten Regelungsrahmen vom Mehrwert der Dezentralisierung zu überzeugen. Das TZ-Modul wirkt dem entgegen durch beständige Kontextbeobachtung, Austausch mit den Partnern und politischen Entscheidungsträgern sowie Abstimmung mit der deutschen Botschaft zu den politischen Entwicklungen vor Ort. Im konzeptionellen Ansatz des TZ-Moduls steht die überparteiliche technische Beratung zum Dezentralisierungsprozesses im Vordergrund, der akteursübergreifend und unabhängig von politischen Auseinandersetzungen erfolgt. Die gemeinschaftlichen Abstimmungsmechanismen und der innerstaatliche Dialog tragen dazu bei, Dezentralisierung als gemeinsam getragene Staatsreform aller beteiligten Akteure zu verstehen, die Konzessionen von allen verlangt und den Staatsaufbau im Sinne verbesserter Bürgerorientierung, flächendeckender Dienstleistungserbringung, Resilienz und Stabilität neu organisiert.

Durchführungsrisiken: Das MDDDL ist in seiner Funktion noch nicht bei allen Akteuren anerkannt und mit der DGDDL besteht in Teilen eine Parallelstruktur im Innenministerium, die sich gegenseitig eher in Konkurrenz und nicht in Komplementarität zueinander sehen (siehe oben und Kapitel 3). Das MDDDL ist noch nicht voll operativ, zum Beispiel bezüglich interner Verfahren und Abläufe, mit Blick auf das Personal sowie hinsichtlich seiner Ausstattung. Es besteht das Risiko, dass die Implementierung des Vorhabens dadurch verzögert wird. Ein weiteres Risiko sind ausbleibende oder zu geringe Fiskaltransfers an die Gebietskörperschaften, was den Kompetenz- und Ressourcentransfer als wesentliches Element des Dezentralisierungsprozesses und damit das Ziel des TZ-Moduls in Frage stellen kann. Der Ansatz des TZ-Moduls sieht die gleichwertige Einbeziehung des MDDDL und der DGDDL sowie Dialog und Abstimmung aller relevanten Akteure mit dem Finanzministerium vor, um die politische Unterstützung und fiskalische Flankierung der Maßnahmen sicherzustellen. Das in Kapitel 3 dargelegte Sonderbudget zur Verbesserung des Zugangs zu Basisdienstleistungen bietet zusätzliche Finanzierungs- und Investitionsmöglichkeiten durch den Zentralstaat, an denen sich Maßnahmen des Dezentralisierungsprozess ausrichten können.

Risiko für langfristige Verankerung: Die oben beschriebenen politischen Unklarheiten und institutionellen Schwächen stellen ein Risiko für die langfristige Verankerung der Wirkungen dar. Es wird verstärkt durch eine gewisse Personalisierung im mauretanischen Dezentralisierungsprozess, die sich in der Person des derzeitigen Dezentralisierungsministers manifestiert. Zwar ist der konzeptionelle Ansatz des TZ-Moduls personenunabhängig und fokussiert auf die institutionellen Akteure und die Prozesse für eine erfolgreiche Umsetzung der Dezentralisierung, jedoch kann die politische Unterstützung im Falle eines Wechsels wegbrechen bzw. geschwächt werden, was den Reformprozess verlangsamen würde. Auch sind die Kapazitäten auf mauretanischer Seite – sowohl auf der nationalen Ebene wie auch besonders auf der subnationalen Ebene – schwach und können im Rahmen des TZ-Moduls nur teilweise durch Kapazitätsentwicklungsansätze adressiert werden (siehe auch Kapitel 5.1).

Auswirkungen der Maßnahme auf Umwelt und Soziales: Nicht-intendierte Wirkungen auf die Umwelt werden nicht erwartet, da das Programm nicht unmittelbar zur Umsetzung entsprechender Maßnahmen berät (siehe Kapitel 6.1). Die ungleiche Verteilung von Ressourcen und das Gefälle zwischen städtischen und ländlichen Regionen können sich beim Transfer von Zuständigkeiten und Ressourcen (ungewollt) verfestigen, da größere Gemeinden in

der Regel über bessere Verwaltungskapazitäten verfügen und entsprechend den anvisierten Kompetenz- und Ressourcentransfer besser managen können. Benachteiligte Bevölkerungsgruppen wie Frauen oder Jugendliche in Mauretanien sind oft politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich benachteiligt, und diese Benachteiligung kann sich in die Regularien und Vorgaben der Dezentralisierung übertragen, sofern ihre spezifische Situation und ihre Bedarfe nicht ausreichend von den Akteuren berücksichtigt werden. Dadurch können sich soziale Ungleichheitsfaktoren verstärken. Das TZ-Modul wirkt dem entgegen, indem Gender- und Inklusionsstandards aktiv in der Fach- und Prozessberatung integriert werden und insbesondere die Dialog- und Kommunikationsmaßnahmen eine Möglichkeit der Sichtbarmachung und Rückkopplung spezifischer Erfordernisse bieten (siehe Kapitel 5.1).

Korruptionsrisiken: In Mauretanien sind wirtschaftliche und politische Bereiche von Korruption betroffen und hemmen die Entwicklung des Landes. Dies betrifft sowohl die nationale wie auch die lokale Ebene. Rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen zum Eingrenzen von Korruption bestehen zwar, weisen jedoch erhebliche Schwächen auf. Dies kann die Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses behindern bzw. Korruptionspraktiken können auf die subnationale Ebene übertragen werden. Das TZ-Modul integriert Korruptions- und Transparenzkriterien querschnittsmäßig in die Dezentralisierungsberatung und fördert unter anderem die Einführung digitaler Lösungen, die weniger korruptionsanfällig sind. Im Rahmen der Umsetzung kommen nur sehr geringfügige Finanzierungen an lokale Institutionen in Betracht.

Das **Gesamtrisiko** wird als „mittel“ und die Beeinflussbarkeit ebenfalls als „mittel“ eingeschätzt.

Risiko	Einstufung*	Beeinflussbarkeit*	(getätigte) Risiko-Management-Maßnahme
Politische Risiken	2	2	
- Personelle Fluktuation auf politischer Ebene - Unklare politische Mandate zwischen MDDDL und DGDDL - Besitzstandwahrung und mangelnder politischer Wille, Dezentralisierung als Querschnittsaufgabe in allen Ministerien und Direktoraten umzusetzen und die damit verbundenen Macht- und Ressourcentransfers zu akzeptieren			- Beständige Kontextbeobachtung und Austausch mit den Partnern sowie der deutschen Botschaft zu den politischen Entwicklungen vor Ort - Verfolgen eines überparteilichen, technischen Beratungsansatz; - Gemeinschaftliche Abstimmungsmechanismen und innerstaatlicher Dialog als wesentliche Beiträge zu gemeinsam getragendem Reformverständnis inklusive der dafür notwendigen Konzessionen
Durchführungsrisiken	2	2	
- MDDDL operativ noch nicht gut aufgestellt - Konkurrenzsituation zwischen MDDDL und DGDDL kann Umsetzung behindern			- Gleichwertige Einbeziehung von MDDDL und DGDDL - Dialog und Abstimmung aller relevanten Akteure mit dem Finanzministerium

Risiko	Einstufung*	Beeinflussbarkeit*	(getätigte) Risiko-Management-Maßnahme
Fehlende Fiskaltransfers stellen Ziele der Dezentralisierung und damit des TZ-Moduls in Frage			Sofortprogramm zur Verbesserung des Zugangs zu Basisdienstleistungen (<i>Programme Prioritaire de Généralisation de l'Accès aux Services nécessaires au Développement Local</i>) als mögliche fiskalische Flankierung von Maßnahmen
Risiken für die langfristige Verankerung	2	1	
- Politisch unklare Mandate - Institutionelle Schwächen - Kapazitätsdefizite			- Personenunabhängig Ansatz, der auf Institutionen und Prozesse fokussiert - Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen
Auswirkungen der Maßnahme auf Umwelt und Soziales (nicht intendierte Wirkungen)	2	2	
- Die ungleiche Verteilung von Ressourcen und Gefälle zwischen städtischen und ländlichen Regionen kann sich durch Kompetenz- und Ressourcentransfer verstärken - Nichtbeachtung der Situation von spezifischen Bevölkerungsgruppen wie Frauen und Jugendlichen kann deren Benachteiligung verstärken			- Gender- und Inklusionsstandards aktiv in der Fach- und Prozessberatung integrieren - Dialog- und Kommunikationsmaßnahmen als Möglichkeit der Sichtbarmachung und Rückkopplung spezifischer Erfordernisse
Korruptionsrisiken (VI063)	2	1	
Korruption kann Umsetzung der Reformen und damit Ziele gefährden			- Querschnittsmäßige Integration von Korruptions- und Transparenzkriterien in Dezentralisierungsberatung - Nur örtliche Zuschüsse in geringem Maße kommen zum Einsatz, keine Finanzierungen
Gesamtrisiko	2	2	

*) Stufen: 1=gering, 2=mittel, 3=hoch, 4=sehr hoch

6.3 Testat

Die dargestellte TZ-Maßnahme und ihre Durchführungsmodalitäten entsprechen nach Prüfung alternativer Möglichkeiten der optimalen Relation zwischen verfolgtem Zweck der TZ-Maßnahme und einzusetzenden Mitteln. Die Länderstrategien und EZ-Programme sowie verbindliche thematische Steuerungsdokumente des BMZ wurden bei der Planung berücksichtigt.

Anlage 1: Wirkungsmatrix des Moduls

Bezeichnung des Moduls

ProGresp II - Förderung einer verantwortungsvollen Regierungsführung in Mauretanien

Land/Region/global

Mauretanien

Projektnummer

2025.2057.5

Laufzeit

01/2026 bis 12/2028

Wirkungsmatrix erstellt am

18.11.2025

Ziele	Indikatoren	Definitionen, Datenquellen und Angaben zur Datenerhebung
EZ-Programmziel Die Regierungsführung ist inklusiver und stärker auf bessere Lebensbedingungen der Bevölkerung Mauretaniens ausgerichtet.	EZ-Programmziel-Indikator 1 Anzahl der Punkte Mauretaniens im <i>Country Policy and Institutional Assessment</i> der Weltbank in den Kategorien "Quality of Public Administration", "Equity of Public Ressource Use", "Gender Equality" Basiswert: 3,0 Punkte in "Quality of Public Administration" 4,5 Punkte in "Equity of Public Ressource Use" 3,5 Punkte in "Gender Equality" (2025 [Daten aus 2023]) Zielwert: 3,5 Punkte in "Quality of Public Administration" 5,0 Punkte in "Equity of Public Ressource Use" 4,0 Punkte in "Gender Equality" (2031 [Daten voraussichtlich aus 2029])	Jährliche Auswertung nach Veröffentlichung des jährlich aktualisierten <i>Country Policy and Institutional Assessment</i> der Weltbank hinsichtlich der Bewertung Mauretaniens in den drei Kategorien. Der Indikator gilt als erfüllt, wenn die Punkte in allen Kategorien erreicht sind. „Quality of Public Administration“ bewertet die Funktionsweise der öffentlichen Verwaltung, insbesondere der Zentralregierung zu (a) Management der Verwaltungsvorgänge; (b) Qualitätssicherung bei der Umsetzung von Politiken und Vorschriften, (c) Koordinierung und Personalmanagement in dezentralen und nachgeordneten Stellen. „Equity of Public Ressource Use“ bewertet, ob die Struktur der öffentlichen Ausgaben und Steuereinnahmen positiv auf arme Bevölkerungsteile wirkt und in Einklang mit nationalen Prioritäten der Armutsbekämpfung steht. „Gender Equality“ bewertet, inwieweit das Land Institutionen und Programme zur Durchsetzung von Gesetzen und Politiken zur Gleichberechtigung der Geschlechter erlassen und eingerichtet hat. Die Index-Werte rangieren zwischen 1 = niedrig und 6 = hoch. Der Index speist sich aus Quellen und Rankings der Vereinten Nationen, länderspezifischen Auswertungen und nationalen Dokumenten. Hinweis zu Wertentwicklung für die Zielwertfestlegung: Weitgehend konstante Werte für Mauretanien von 2015 bis 2025 für die Kategorien „Quality of Public Administration“ bei 3,0 Punkten und „Gender Equality“ bei 3,5 Punkten. In der Kategorie „Equity of Public Ressource Use“ wurde der Wert seit 2021 von 4,0 auf 4,5 gesteigert.

Ziele	Indikatoren	Definitionen, Datenquellen und Angaben zur Datenerhebung
	EZ-Programmziel-Indikator 2 Anzahl öffentlicher Dienstleistungen oder Infrastrukturen mit verbesserter Qualität durch Unterstützung der deutschen EZ Basiswert: 156 lokale Dienstleistungen oder Infrastrukturen 5 nationale Dienstleistungen oder Infrastrukturen (2025) Zielwert: 314 lokale Dienstleistungen oder Infrastrukturen 18 nationale Dienstleistungen oder Infrastrukturen (06/2027, der Zielwert ist ein Zwischenwert, der sich auf das mehrheitliche Laufzeitende der Vorhaben des Programms bezieht; dieser wird im Zuge der Berichterstattung angepasst)	Jährliche Beurteilung öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen auf nationaler oder lokaler Ebene hinsichtlich ihrer Verbesserung durch Maßnahmen der Module. Quelle: Daten, die durch die Module im Rahmen ihrer Aktivitäten, für ihre Berichterstattung oder für das Monitoring der Standardindikatoren 1.1 und 1.6 erhoben wurden. Ggf. Auswertung von Daten von Partnern oder anderen Akteuren (z. B. Primärdaten auf Webseiten der Partnerverwaltung, Sekundärdaten aus Statistiken und Umfrageergebnissen). Die Verbesserung einer Dienstleistung erfolgt durch Maßnahmen, die abzielen auf stärkere a) Effektivität (z. B. tatsächliche Leistungserbringung im vorgesehenen Zeitrahmen), b) Effizienz (z. B. Kostenreduktion, vereinfachte Abläufe, Erhöhung der Leistungen) oder c) Qualität (z. B. Einhaltung regulatorischer Vorgaben, geschulteres Personal, partizipativere Planung etc.). Dienstleistungen im Sinne des Indikators umfassen öffentliche Verwaltungsdienstleistungen gegenüber Bürger*innen oder Unternehmen sowie Basisdienstleistungen. Die Verbesserung öffentlicher Infrastrukturen bezieht sich auf Investitionen in und Bereitstellungen von lokaler und nationaler öffentlicher Infrastruktur, z. B. Verwaltungsinfrastrukturen sowie Infrastrukturen im Bereich Gesundheit, Sanitär, Bildung, Energie, Wasser, Abfall, Verkehr.
	EZ-Programmziel-Indikator 3 Anzahl der Personen mit verbessertem Zugang zu sozioökonomischer Teilhabe durch Unterstützung der deutschen EZ Basiswert: 6.921 Personen, davon 5.526 Frauen, 10 Menschen auf der Flucht, 0 junge Erwachsene und Jugendliche (2025, Daten zu Jugendlichen wurden bisher nicht erfasst) Zielwert:	Jährliche Analyse der Daten der Modul-Berichterstattungen sowie der Berichterstattungen zu den Standardindikatoren 1.5, 1.7, 3.1, 3.5 hinsichtlich der Personen mit Zugang zu verbesserter sozio-ökonomischer Teilhabe. Ggf. zusätzliche Erhebungen der Vorhaben oder Partner. Sozio-ökonomische Teilhabe meint im Sinne des Indikators die gleichberechtigte Teilnahme der Bevölkerung am wirtschaftlichen und sozialen Leben (Bezugsrahmen UN-Menschenrechtskonventionen zur Gewährleistung sozialer und wirtschaftlicher Rechte). Besonders berücksichtigt sind Personen, die Diskriminierungen erfahren aus einem oder mehreren Gründen wie z. B. ihres Geschlechtes, ihrer Nationalität, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihres Alters, ihrer Religion oder ihres sozialen Status.

Ziele	Indikatoren	Definitionen, Datenquellen und Angaben zur Datenerhebung
	308.513 Personen, davon 188.324 Frauen, 61.364 Menschen auf der Flucht, 185.107 junge Erwachsene und Jugendliche (06/2027, der Zielwert ist ein Zwischenwert, der sich auf das mehrheitliche Laufzeitende der Vorhaben des Programms bezieht; dieser wird im Zuge der Berichterstattung angepasst)	Die Verbesserung sozialer Teilhabe kann z. B. erzielt werden durch Maßnahmen zum besseren Schutz und Stärkung von Personen, die Diskriminierung(en) erfahren, Maßnahmen der sozialen Kohäsion und Prävention von Ausgrenzung und Gewalt, Maßnahmen mit Fokus auf <i>Mental Health and Psycho-Social Support</i> (MHPSS) sowie Maßnahmen zur Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements. Eine Verbesserung ökonomischer Teilhabe kann z. B. erzielt werden durch die Förderung des Zugangs zu (Aus-/Weiter-)Bildung, Einkommensgenerierung und Beschäftigung, Unterstützung bei Gründungen und Unternehmertum und Maßnahmen der Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt. Junge Erwachsene und Jugendliche sind im Sinne des Indikators wie laut Definition der mauretanischen Regierung Personen zwischen 15 und 35 Jahren.
	EZ-Programmziel-Indikator 4 Anzahl der Punkte Mauretaniens bei Kriterium 5.2 "Interest Groups" und Kriterium 5.4 "Social Capital" des Bertelsmann Transformation Index. Basiswert: 4 Punkte bei „Interest Groups“ 4 Punkte bei „Social Capital“ (2025 [Daten aus 2024]) Zielwert: 5 Punkte bei „Interest Groups“ 5 Punkte bei „Social Capital“ (2031 [Daten voraussichtlich aus 2030])	Zweijährliche Auswertung nach Veröffentlichung des zweijährlich aktualisierten Bertelsmann Transformation Index hinsichtlich der Bewertung Mauretaniens in den zwei Kategorien. Der Indikator gilt als erfüllt, wenn die Punkte in beiden Kategorien erreicht wurden. „Interest Groups“ bewertet das Spektrum von Interessensgruppen (z. B. zivilgesellschaftliche Organisationen, aber auch Berufsverbände), ihrer Kapazitäten soziale (konkurrierende) Interessen zu berücksichtigen und des Grads der Kooperation zwischen Interessensgruppen. „Social Capital“ bewertet inwieweit es Solidarität und Vertrauen zwischen Bürger*innen gibt und inwieweit es freiwillig und autonom organisierte kulturelle, umweltbezogene oder soziale Organisationen gibt. Die Werte des Index rangieren zwischen 1 = niedrig und 10 = hoch. Der Index basiert auf einer qualitativen Expert*innenbefragung: schriftliche Einschätzungen werden in numerische Bewertungen umgewandelt und durchlaufen einen mehrstufigen Überprüfungsprozess. Hinweis zu Wertentwicklung: Konstante Werte für Mauretanien von 2015 bis 2025 für die Kategorien 5.2 „Interest Groups“ und 5.4 „Social Capital“ bei jeweils 4 Punkten.

Ziele	Indikatoren	Definitionen, Datenquellen und Angaben zur Datenerhebung
Modulziel Die gemeinschaftliche Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses durch alle relevanten Akteure in Mauretanien ist verbessert.	Modulziel-Indikator 1 Anzahl von Beschluss- und Entscheidungsvorlagen zur Implementierung der Nationalen Strategie für Dezentralisierung und lokale Entwicklung, die zu rechtsverbindlichen Vorgaben der öffentlichen Verwaltung geworden sind Basiswert: 1 Beschluss- und Entscheidungsvorlage, die zu einer rechtsverbindlichen Vorgabe geworden ist (2025) Zielwert: 6 Beschluss- und Entscheidungsvorlagen, die zu rechtsverbindlichen Vorgaben geworden sind (12/2028)	Jährliche Dokumentation der durch das Dezentralisierungsministerium (<i>Ministère Délégué de la Décentralisation et du Développement Local</i>, MDDDL) und der für die Dezentralisierung und Lokalentwicklung zuständigen Generaldirektion (<i>Direction Générale de la Décentralisation et de Développement Local</i>, DGDDL) im Innenministerium (<i>Ministère de l'intérieur et de la Promotion de la Décentralisation et du Développement Local</i>, MID) sowie weiterer im Dezentralisierungsprozess beteiligter Akteure erstellten Beschluss- und Entscheidungsvorlagen hinsichtlich ihrer Verabschiedung als rechtlich bindende Regelungsdokumente; inhaltlicher Abgleich mit der Nationalen Strategie für Dezentralisierung und lokale Entwicklung (<i>Stratégie Nationale de Décentralisation et de Développement Local</i>, SNDDL) inklusive Analyse, wie sie zur Umsetzung der Strategie beitragen. Quelle: Ablage des Dezentralisierungsministeriums und eigene Inhaltsanalyse. Beschluss- und Entscheidungsvorlagen sind Vorlagen und Entwürfe zur Verabschiedung von Gesetzen (<i>lois</i>), Verordnungen (<i>arrêté</i>), Erlassen (<i>décret</i>), administrativen Vorgaben (<i>note de cadrage</i>) oder sonstigen rechtlich bindenden Regularien (<i>textes à valeurs juridiques</i>) im Dezentralisierungsprozess. Sie werden über das Dezentralisierungsministerium in politische Gremien wie z. B. den Ministerrat, das Parlament oder den Nationalen Rat für Dezentralisierung und lokale Entwicklung (<i>Conseil National de la Décentralisation et du Développement Local</i>, CNDDL) eingebracht, wo sie verabschiedet und für gültig erklärt werden. Relevante Akteure im mauretanischen Dezentralisierungsprozess sind neben den oben genannten MDDDL und DGDDL die Sektorministerien für Bildung, Gesundheit und Umwelt inklusive derer dezentraler Dienste, das Finanzministerium, die Gebietskörperschaften und deren Verbände sowie nicht-staatliche Akteure aus Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft.
	Modulziel-Indikator 2 Anzahl der Rahmenverträge zwischen dem Dezentralisierungsministerium, ausgewählten Sektorministerien und Gebietskörperschaften, die die	Zum Ende der Laufzeit: Auswertung der unterzeichneten Rahmenverträge (<i>contrat-cadre</i>) zwischen Ministerien und Gebietskörperschaften in spezifischen sektoralen Bereichen hinsichtlich der festgeschriebenen Übertragung

Ziele	Indikatoren	Definitionen, Datenquellen und Angaben zur Datenerhebung
	Übertragung von Kompetenzen und Ressourcen inklusive der gemeinsamen Erbringung von Basisdienstleistungen auf die dezentralisierte Ebene regeln Basiswert: 2 Rahmenverträge (2025) Zielwert: 11 Rahmenverträge (12/2028)	von Kompetenzen und Ressourcen auf die dezentralisierte Ebene und Bewertung des Beitrags zur lokalen Dienstleistungserbringung. Quelle: Ablage der Ministerien und eigene Analyse. Rahmenverträge (<i>contrat-cadre</i>) sind Vereinbarungen zwischen dem Dezentralisierungsministerium, Sektorministerien und Gebietskörperschaften zur Regelung der Zusammenarbeit und Koordination für die Übertragung von spezifischen Zuständigkeiten auf die dezentralisierte Ebene (meist Gemeinden). Sie bilden die Grundlage für den konkreten Transfer von Kompetenzen und Ressourcen an die Gebietskörperschaften.
	Modulziel-Indikator 3 Anzahl der durch innerstaatliche Dialog- und Kommunikationsmaßnahmen im Rahmen des Dezentralisierungsprozesses erreichten Personen Basiswert: 10.000 Personen (2025) Zielwert: 500.000 Personen, davon 250.000 Frauen, 150.000 Jugendliche und 50.000 Geflüchtete bzw. Menschen in aufnehmenden Gemeinschaften (12/2028) Die Basis- und Zielwerte von Modulziel-Indikator 3 sind vorläufig. Sie werden im ersten Durchführungsjahr geprüft und im Rahmen der ersten Berichterstattung ggfs. angepasst.	Nach jeder Dialog- und Kommunikationsmaßnahme disaggregierte Erfassung der durchschnittlichen Reichweite (z. B. Klicks/Follower bei Social Media-Kampagnen, Auflagen bei Zeitungen, Einschaltquoten bei Radio/TV etc.). Quelle: eigene Erhebung. Innerstaatliche Dialog- und Kommunikationsmaßnahmen sind digitale wie analoge Formate zur Dezentralisierungsreformkommunikation bzw. zum Austausch zwischen Bevölkerung und Akteuren verschiedener staatlicher Ebenen Dialog im öffentlichen und politischen Raum, z. B. Bürgerdialoge, Radio-sendungen, öffentliche Veranstaltungen usw. Der Basiswert bezieht sich auf Fach- und Führungskräfte, die im Rahmen verwaltungsinterner Kommunikation zur Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses bisher erreicht wurden.
Annahmen zur Erreichung des Modulziels	Auch im Falle personeller Veränderungen in der mauretanischen Regierung (Regierungswechsel, Ernennung neuer Minister) bleibt die Dezentralisierung eine politische Priorität, die von nationalen wie subnationalen bzw. staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren geteilt und getragen wird.	

Ziele	Indikatoren	Definitionen, Datenquellen und Angaben zur Datenerhebung
	Die Dezentralisierungsreformen können unter Einbezug aller Regionen und Gemeinden durchgeführt werden. Die Sicherheitslage insbesondere im Osten und Süden erlaubt eine inklusive Ausgestaltung der Maßnahmen. Mögliche Veto-Akteure (z. B. innerhalb der Sektorministerien oder die <i>Walis</i> und <i>Hakems</i> als Vertreter des Zentralstaates in der Fläche) nehmen keine Blockadehaltung im Dezentralisierungsprozess ein und stehen einer Übertragung von Kompetenzen und Ressourcen auf die Gebietskörperschaften positiv gegenüber. Das Dezentralisierungsministerium wird finanziell und personell so ausgestattet, dass es arbeitsfähig ist. Institutionelle Unklarheiten bezüglich der Hoheit über die Steuerung und Koordination des Dezentralisierungsprozesses (insbesondere zwischen Dezentralisierungsministerium, der für die Dezentralisierung und Lokalentwicklung zuständigen Generaldirektion (DGDDL) und dem Innenministerium) können auf politischer Ebene gelöst werden. Die Fiskaltransfers des Zentralstaates ermöglichen eine nachhaltige und dauerhafte Finanzierung der Gebietskörperschaften und der ihnen übertragenen Funktionen. Die Erwartungshaltung der Bevölkerung bezüglich des unmittelbaren Nutzens von Dezentralisierung (insbesondere hinsichtlich der Erbringung von Dienstleistungen auf lokaler Ebene) kann durch Dezentralisierungsreformkommunikation sowie die komplementäre Umsetzung mit anderen TZ-Modulen und Ansätzen anderer Geber auf lokaler Ebene positiv beeinflusst werden.	
Output 1 Die institutionellen Kapazitäten des Dezentralisierungsministeriums und der für Dezentralisierung und Lokalentwicklung zuständigen Generaldirektion im Innenministerium bei der Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses in Mauretanien sind gestärkt.	Output-Indikator 1.1 Anteil der aus der Operationsplanung zur Umsetzung der nationalen Dezentralisierungsstrategie realisierten Maßnahmen Basiswert: 5 % realisierte Maßnahmen (2025) Zielwert: 25 % realisierte Maßnahmen (12/2028) Output-Indikator 1.2 Anzahl der für die Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses erstellten bzw. aktualisierten politischen Rahmendokumente	Zum Ende der Laufzeit: Abgleich der Operationsplanung des Dezentralisierungsministeriums und der für Dezentralisierung und Lokalentwicklung zuständigen Generaldirektion im Innenministerium mit den tatsächlich umgesetzten Maßnahmen; zusätzliche Analyse der Monitoringberichte des Dezentralisierungsministeriums hinsichtlich der Umsetzung von Maßnahmen. Quellen: Monitoringberichte zu den jährlichen Operationsplänen und eigener Abgleich. Jährliche Auflistung der für die Umsetzung des Dezentralisierungsprozess erstellten bzw. aktualisierten politischen Rahmendokumente inklusive der Auswertung des Erarbeitungsprozesses bzw. der vorgenommenen Änderungen. Quelle: Ablage des Dezentralisierungsministeriums und eigene Dokumentation der Erarbeitungen bzw. der Anpassungen.

Ziele	Indikatoren	Definitionen, Datenquellen und Angaben zur Datenerhebung
	Basiswert: 3 Rahmendokumente (2025) Zielwert: 10 Rahmendokumente (12/2028)	Politische Rahmendokumente können z. B. sektorale Strategien, Fahrpläne, Gesetzesentwürfe oder Vereinbarungen zur Zusammenarbeit zwischen Ministerien und Gebietskörperschaften sein, die für den Dezentralisierungsprozess relevante Bereiche umfassen (bspw. Kapazitätsaufbau, Mobilisierung von Ressourcen, Transfer von Kompetenzen, Ausstattung von Basisinfrastruktur in Gemeinden).
Output 2 Die horizontale und vertikale Koordination im mauretanischen Dezentralisierungsprozess ist verbessert.	Output-Indikator 2.1 Anzahl der Koordinations- und Arbeitstreffen des Technischen Komitees für die Vorbereitung der Übertragung von Kompetenzen und Ressourcen unter der Leitung des Dezentralisierungsministeriums Basiswert: 5 Koordinations- und Arbeitstreffen (2025) Zielwert: 18 Koordinations- und Arbeitstreffen (12/2028)	Vierteljährliche Auswertung der Protokolle der Treffen des Technischen Komitees (<i>Comité Technique</i>) hinsichtlich erarbeiteter Vorschläge zur konkreten Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses. Quelle: Ablage des Dezentralisierungsministeriums. Das Technische Komitee soll den Kompetenz- und Ressourcentransfer an die Gebietskörperschaften in den Sektoren Bildung, Gesundheit und Umwelt zur konkreten Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses vorbereiten. Nach der konstituierenden Sitzung (noch in 2025) soll es viertjährlich tagen.
	Output-Indikator 2.2 Anzahl der funktionsfähigen thematischen Arbeitsgruppen unter Einbeziehung nicht-staatlicher Akteure und anderer Entwicklungspartner Basiswert: 0 Arbeitsgruppen (die thematischen Arbeitsgruppen existieren noch nicht) (2025) Zielwert: 3 Arbeitsgruppen (10/2028)	Zum Ende der Laufzeit Auswertung der Aufgabenbeschreibung der thematischen Arbeitsgruppen (z. B. <i>Terms of reference</i>) sowie der Teilnahmelisten und Protokolle von Sitzungen hinsichtlich Zusammensetzung (z. B. teilnehmende Ressorts, Gebietskörperschaften, nicht-staatliche Akteure, Geber etc.) und getroffenen Absprachen zur Zusammenarbeit im Dezentralisierungsprozess. Quelle: Ablage des Dezentralisierungsministeriums und eigene Analyse der Sitzungsdokumente. In den thematischen Arbeitsgruppen werden sektorielle und fachliche Fragestellungen im Dezentralisierungsprozess behandelt. Sie können auch eine spezifische geographische Ausrichtung haben. Ihr genauer thematischer Zuschnitt und ihre Mitgliederstruktur stehen noch nicht fest. Nicht-staatliche Akteure sind z. B. die Privatwirtschaft, Jugend- und Frauenorganisationen sowie Verbände.

Ziele	Indikatoren	Definitionen, Datenquellen und Angaben zur Datenerhebung
		Andere Entwicklungspartner (<i>Partenaires Techniques-Financiers</i> , PTF) sind bi- und multilaterale Geber bzw. deren Umsetzungsorganisationen in Mauretanien.
Output 3 Der innerstaatliche Dialog zur Ausgestaltung der Dezentralisierung in Mauretanien ist gestärkt.	Output-Indikator 3.1 Beschluss einer gemeinschaftlich erstellten Dialog- und Kommunikationsstrategie für den Dezentralisierungsprozess. Basiswert: 0 Dialog- und Kommunikationsstrategien (wurde vom Dezentralisierungsministerium noch nicht erstellt) (2025) Zielwert: 1 Dialog- und Kommunikationsstrategie (06/2027)	Zur Hälfte der Laufzeit Auswertung der finalen Fassung der Dialog- und Kommunikationsstrategie nach Zuständigkeiten, Grad der Zielgruppenorientierung sowie Operationalisierung und Monitoring von Kommunikationsmaßnahmen. Quelle: Ablage des Dezentralisierungsministeriums und eigene Inhaltsanalyse. „Gemeinschaftlich erstellt“ bedeutet, dass alle im Dezentralisierungsprozess relevanten Akteure (MDDDL, DGDDL, Sektorministerien, Gebietskörperschaften usw.) an der Erstellung der Dialog- und Kommunikationsstrategie beteiligt sind und daraus abgeleitete Dialog- und Kommunikationsmaßnahmen mittragen. Die Zielgruppe der Dialog- und Kommunikationsstrategie und den darauf basierenden Maßnahmen sind Akteure im politischen Raum und die Bevölkerung, insbesondere benachteiligte Bevölkerungsgruppen wie Frauen und Mädchen, Jugendliche Geflüchtete und Menschen in aufnehmenden Gemeinschaften.
	Output-Indikator 3.2 Anzahl der Dialog- und Kommunikationsmaßnahmen, die die spezifischen Bedarfe von Frauen, Jugendlichen sowie von Geflüchteten und Menschen in aufnehmenden Gemeinschaften im Dezentralisierungsprozess berücksichtigen. Basiswert: 0 Dialog- und Kommunikationsmaßnahmen (offizielle Maßnahmen zur Ausgestaltung des innerstaatlichen Dialogs im Rahmen des Dezentralisierungsprozesses wurden noch nicht durchgeführt) (2025)	Zum Laufzeitende Dokumentation und Auswertung der Dialog- und Kommunikationsmaßnahmen nach Inhalt und Zielgruppenorientierung. Quelle: Eigene Erhebung. Zur Definition von Dialog- und Kommunikationsmaßnahmen siehe Modulziel-Indikator 3.

Ziele	Indikatoren	Definitionen, Datenquellen und Angaben zur Datenerhebung
	Zielwert: 12 Dialog- und Kommunikationsmaßnahmen, davon 4 zu den spezifischen Bedarfen von Frauen, 3 von Jugendlichen und 2 von Geflüchteten und Menschen in aufnehmenden Gemeinschaften (12/2028)	
Annahmen zur Erreichung der Outputs	Beamte in verschiedenen Positionen und Verwaltungseinheiten (Gebietskörperschaften, Ministerien, dezentrierten Diensten) kooperieren konstruktiv miteinander. Die in den Dezentralisierungsprozess eingebundenen Akteure kennen die ihnen de jure zugewiesenen Zuständigkeiten und Mandate und sind gewillt, diese einzuhalten und wahrzunehmen.	

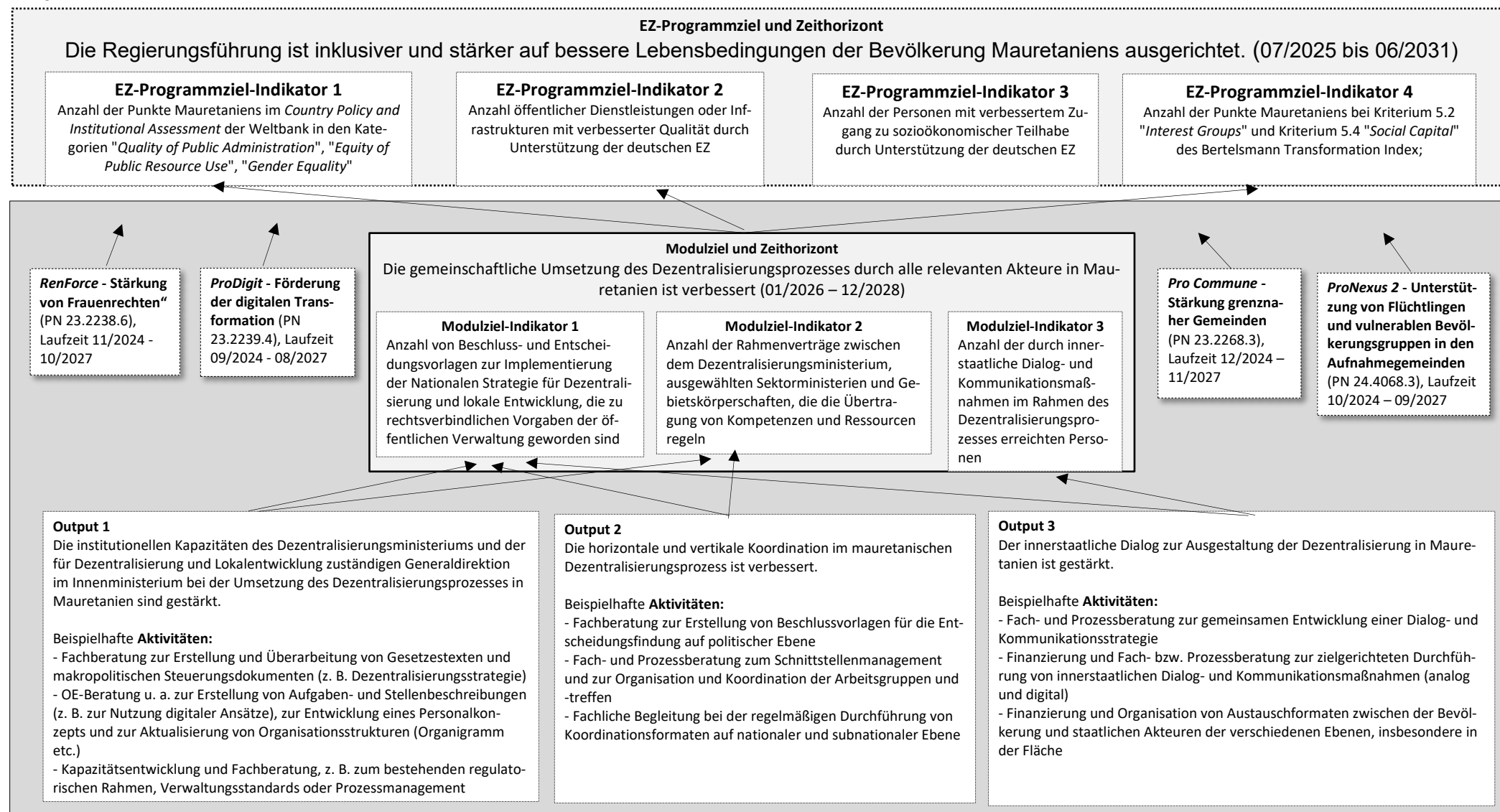
Outputs	Wesentliche Aktivitäten zu Outputs	Inputs / Geplante Instrumente
Output 1	- Fachberatung zur Erstellung und Überarbeitung von Gesetztestexten und makropolitischen Steuerungsdokumenten (z. B. Dezentralisierungsstrategie) - OE-Beratung u. a. zur Erstellung von Aufgaben- und Stellenbeschreibungen (z. B. zur Nutzung digitaler Ansätze), zur Entwicklung eines Personalkonzepts und zur Aktualisierung von Organisationsstrukturen (Organigramm etc.) - Finanzierung von Studien und Evaluierungen - Kapazitätsentwicklung und Fachberatung, z. B. zum bestehenden regulatorischen Rahmen, Verwaltungsstandards oder Prozessmanagement	Internationale LZFK (33FKM) Nationale LZFK (129 FKM) KZE (16 FKM) Sachgüter 100.090 EUR
Output 2	- Fachberatung zur Erstellung von Beschlussvorlagen für die Entscheidungsfindung auf politischer Ebene - Fach- und Prozessberatung zum Schnittstellenmanagement und zur Organisation und Koordination der Arbeitsgruppen und -treffen - Fachliche Begleitung bei der regelmäßigen Durchführung von Koordinationsformaten auf nationaler und subnationaler Ebene	Internationale LZFK (8 FKM) Nationale LZFK (196 FKM) KZE (36 FKM) Sachgüter 100.090 EUR
Output 3	- Fach- und Prozessberatung zur gemeinsamen Entwicklung einer Dialog- und Kommunikationsstrategie	Internationale LZFK (23 FKM) Nationale LZFK (60 FKM)

Outputs	Wesentliche Aktivitäten zu Outputs	Inputs / Geplante Instrumente
	- Finanzierung und Fach- bzw. Prozessberatung zur Durchführung von innerstaatlichen Dialog- und Kommunikationsmaßnahmen (analog und digital) - Finanzierung und Organisation von Austauschformaten zwischen der Bevölkerung und staatlichen Akteuren der verschiedenen Ebenen, insbesondere in der Fläche	KZE (5 FKM) Sachgüter 100.020 EUR

Anlage 2: Wirkungslogik für ein Modul

ProGresp II - Förderung einer verantwortungsvollen Regierungsführung in Mauretanien

Projektnummer: 2025.2057.5



Anlage 3a: Kostenschätzung und Mittelabfluss nach Haushaltsjahren

BMZ-Auftrags.Nr.: 2025.2057.5	Kostenschätzung  Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Der Angebotsschätzpreis wurde nach den Vorschriften der VO PR 30/53 und den Leitsätzen für Preisermittlung bei öffentlichen Aufträgen (LSP) ermittelt. Der endgültige Preis wird nachkalkulatorisch festgelegt.	
	EUR
1 FACHKRÄFTE-EINSATZ Projektmitarbeiter Ausland Nationale Mitarbeiter Projektmitarbeiter Inland Fachkräfte im Entwicklungsdienst Integrierte Fachkräfte Rückkehrende Fachkräfte Fachlich-administrative Leistungen Fremdpersonal inkl. Reisekosten Reisekosten	3.288.099 781.680 919.363 0 0 0 0 381.136 1.070.000 135.920
2 SACHGÜTER & BAUVERTRÄGE Sachgüter (inkl. Verbrauchsmaterial) Sachbeschaffungen Bau und Bauverträge	300.200 300.200 0
3 FINANZIERUNGEN Finanzierung über Partner Finanzierung über GIZ (Örtliche Zuschüsse) Finanzierungen über andere Geber Grants & Zuschüsse (deutsch und international) Stipendien für Teilnehmer an HCD-Formaten	0 0 0 0 0 0
4 HUMAN CAPACITY DEVELOPMENT (HCD-Formate) Teilnehmerbezogene Kosten	105.000
5 SONSTIGE EINZELKOSTEN	585.982
6 Summe Einzelkosten	4.279.281
7 Gemeinkosten/Gewinn/USt.	720.719
8 Angebotsschätzpreis	5.000.000
* davon BMZ-Anteil	5.000.000
* davon Drittmittelanteil	0

Ist die GIZ nach Auffassung der zuständigen Finanzbehörde umsatzsteuerpflichtig, obwohl die Leistung nach Meinung der Gesellschaft nicht steuerbar war, oder wurde der berechnete Umsatzsteuersatz zu niedrig angesetzt, so ist die Gesellschaft zur Nachforderung berechtigt. Erstattete Umsatzsteuer wird dem BMZ zurückerstattet.

Mittelabflussplan für die Phase von 01/2026 bis 12/2028			
Haushaltsjahr	Ausgaben (inkl. VGK, kalk. Gewinn und USt.)	Bisher bereitgestellte Auftragssumme ^{*)}	Neu zur Verfügung gestellte Mittel
1. Jahr (2026)	1.650.000	0	1.650.000
2. Jahr (2027)	1.650.000	0	1.650.000
3. Jahr (2028)	1.700.000	0	1.700.000
BMZ-Anteil	5.000.000	0	5.000.000
Drittmittelanteil	0	0	0
Gesamt	5.000.000	0	5.000.000

^{*)} Nach Ende bzw. Abbruch der Aufträge Nr. . . . voraussichtlich nicht durch Kosten, kalk. Gewinn und Umsatzsteuer
verbraucher Teil (Rest) des jeweiligen Angebotsschätzpreises

^{*)} Mittel, die Jahr für Jahr bereitgestellt werden

Anlage 3b: Einzelkosten differenziert nach Outputs

Kostenschätzung							
	Gesamtkosten	übergreifende Kosten	Output 1	Output 2	Output 3	Output 4	Output 5
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1 FACHKRÄFTE-EINSATZ	3.288.099,13	397.552,17	1.165.249,18	994.897,18	730.400,60	0,00	0,00
Projektmitarbeiter Ausland/Inland	geplant	-	geplant	geplant	geplant	-	-
Nationales Personal	geplant	geplant	geplant	geplant	geplant	-	-
Fachkräfte im Entwicklungsdienst	-	-	-	-	-	-	-
Integrierte Fachkräfte (IF)	-	-	-	-	-	-	-
Rückkehrende Fachkräfte (RF)	-	-	-	-	-	-	-
Fremdpersonal	geplant	-	geplant	geplant	geplant	-	-
2 SACHGÜTER & BAUVERTRÄGE	300.200,00	0,00	100.090,00	100.090,00	100.020,00	0,00	0,00
3 FINANZIERUNGEN	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4 HCD-FORMATE: TN bez. Kosten	105.000,00	0,00	42.000,00	42.000,00	21.000,00	0,00	0,00
5 SONSTIGE EINZELKOSTEN	585.981,99	59.781,99	204.980,00	204.860,00	116.360,00	0,00	0,00
6 Summe Einzelkosten	4.279.281,12	457.334,16	1.512.319,18	1.341.847,18	967.780,60	0,00	0,00
7 Gemeinkosten/Gewinn/USt.	720.718,85						
8 Angebotsschätzpreis	4.999.999,97						

Anlage 4a: Kennungen

Förderbereichskategorie: 15112 (Dezentralisierung und Förderung subnationaler Gebietskörperschaften); 90% des Auftragswertes

Weitere Förderbereiche: 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen); 10% des Auftragswertes

Kennung, Marker	Wert	In Indikatoren berücksichtigt?	Ggf. Begründung der Kennungsvergabe
Übersicht der übersektoralen OECD-Kennungen (Policy- und Rio-Marker)			
Verpflichtende OECD-Kennungen (Policy- und Rio-Marker)			
Gleichberechtigung der Geschlechter (GG)	1	ja MZI 3 OI 3.2	Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist ein bedeutendes Nebenziel des TZ-Moduls. Es fördert die Berücksichtigung der Belange von Frauen, Mädchen und weiteren benachteiligten Bevölkerungsgruppen (z.B. Jugendliche, Geflüchtete, Menschen in aufnehmenden Gemeinden) in den Dezentralisierungsrichtlinien und -prozessen, insbesondere beim Zugang zu lokalen Dienstleistungen und der Ausgestaltung von Ressourcen- und Kapazitätstransfers. Im Rahmen von Dialog- und Kommunikations- bzw. Skalierungsmaßnahmen aus und in den öffentlichen bzw. politischen Raum stellt das TZ-Modul sicher, dass sie ihre Bedarfe äußern können und ihre Stimmen Gehör finden, sodass Entscheidungsträger sensibilisiert und Politiken und Maßnahmen entsprechend gestalten werden können.
Umwelt- und Ressourcenschutz (UR)	0	nein	(keine Begründung abzugeben)
Demokratische und inklusive Regierungsführung (DIG)	2	ja Alle MZI und alle OI	(keine Begründung abzugeben)
Reproduktiven-, Mütter-, Neugeborenen- und Kindergesundheit (RMNCH)	0	nein	(keine Begründung abzugeben)

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. in

Projektnummer 2025.2057.5

Kennung, Marker	Wert	In Indikatoren berücksichtigt?	Ggf. Begründung der Kennungsvergabe
Katastrophenrisikomanagement (KRM)	0	nein	(keine Begründung abzugeben)
Inklusion und Empowerment von Menschen mit Behinderungen (INK)	0	nein	(keine Begründung abzugeben)
Biodiversitätskonvention (BTR)	0	nein	Das TZ-Modul berät nicht zu Inhalten mit Relevanz für Biodiversität.
Klimawandel, Minderung von Treibhausgasen (KLM)	0	nein	Der Umweltsektor ist zwar ein potenzieller Bereich, in dem Zuständigkeiten auf die subnationale Ebene übertragen werden sollen. Jedoch berät das TZ-Modul nicht unmittelbar zu Inhalten mit Bezug zum Klimawandel und der Minderung von Treibhausgasen.
Anpassung an den Klimawandel (KLA)	0	nein	Der Umweltsektor ist zwar ein potenzieller Bereich, in dem Zuständigkeiten auf die subnationale Ebene übertragen werden sollen. Jedoch berät das TZ-Modul nicht unmittelbar zu Inhalten mit Bezug zur Anpassung an den Klimawandel.
Desertifikationsbekämpfung (DES)	0	nein	(keine Begründung abzugeben)
Übersicht der übersektoralen und instrumentellen BMZ-Kennungen			
Übersektorale Kennungen			
Armutsorientierung (AOR)	0	nein	Die flächendeckende adäquate Erbringung von Dienstleistungen für alle Bevölkerungsgruppen und insbesondere in entlegenen, ärmeren Gebieten ist zwar ein zentrales Ziel des Dezentralisierungsprozesses. Jedoch interveniert das TZ-Modul nicht zielgruppennah auf lokaler Ebene, sondern berät auf übergeordneter Ebene zum makropolitischen Rahmen für Dezentralisierung.
Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung (LE)	0	nein	(keine Begründung abzugeben)
Frieden und Sicherheit (FS)	1	ja	Das TZ-Modul stärkt die Ausgestaltung der innerstaatlichen mauretanischen Beziehungen im Sinne eines dezentralen Staatsaufbaus. Es unterstützt die Moderation und Ausgestaltung der dafür

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. in

Projektnummer 2025.2057.5

Kennung, Marker	Wert	In Indikatoren berücksichtigt?	Ggf. Begründung der Kennungsvergabe
		OI 2.1 und 2.2	erforderlichen horizontalen und vertikalen Abstimmungsmechanismen und stellt die Einbeziehung aller relevanten Akteure (national und subnational; staatlich und nichtstaatlich) sicher. Mittel- bis langfristig trägt es damit zur verbesserten flächendeckenden Erbringung von Dienstleistungen sowie förderlichen Rahmenbedingungen für lokale wirtschaftliche Entwicklung bei, was sich positiv auf die Stabilität und Resilienz Mauretaniens auswirkt.
Instrumentelle Kennungen			
Programmbasierte Ansätze (PBA)	0	--	Es gibt eine enge Kooperation mit Partnern wie UNDP, UNICEF und AFD, aber keine Planung der Unterstützung des Dezentralisierungsministeriums im Sinne eines programmbasierten Ansatzes.
Dreieckskooperation (DEK)	nein	--	<i>(keine Begründung abzugeben)</i>
OECD-Textfeld für Schlüsselworte (keyword field)			
Zuordnung zu einer Team Europe Initiative (TEI)	TEI Code		
FLUCHT	KEIN - Kein Bezug	<i>(keine Begründung abzugeben)</i>	

Anlage 4b zum Modulvorschlag: Auswahl der Standardindikatoren

- ☒ Das Modul wird keine Daten zu Standardindikatoren erheben.
- ☐ Das Modul wird Daten zu folgenden Standardindikatoren erheben:

Standardindikator

Erläuterung:

- Die Durchführungsorganisationen informieren nachrichtlich mit Anlage 4b zum Modulvorschlag, zu welchen Standardindikatoren das Modul während der Umsetzung Daten erheben wird. Eine Erörterung und Diskussion der Auswahl ist nicht vorgesehen. Mit Beauftragung der Maßnahme durch das BMZ wird der Auswahl zugestimmt. Die Auswahl sowie die Erhebung der Daten werden damit verbindlich.
- Es können maximal 8 Standardindikatoren ausgewählt werden. Die Auswahl kann Kernthemen- und Aktionsfeldübergreifend erfolgen.
- Die Änderung von Standardindikatoren nach Beauftragung ist informationspflichtig und erfolgt mittels Anlage 4 zum Modulbericht.
- Im Rahmen des Modulvorschlags und des Moduljahresberichts handelt es sich nur um die Auswahl der Standardindikatoren. Die erfassten Daten werden dem BMZ über ein separates Verfahren übermittelt.

Anlage 4c zum Modulvorschlag: Maßnahmenbeschreibung

Maßnahmenbeschreibung vom 30.09.2025

Ausgangssituation

Die mauretanische Dezentralisierungsstrategie sieht vor, Kompetenzen und Ressourcen in ausgewählten Bereichen auf die gebietskörperschaftliche Ebene (insbesondere die Gemeinden) zu übertragen. Die Maßnahme sieht vor, die mauretanische Regierung bei dieser Reform zu unterstützen und die Ausgestaltung des Dezentralisierungsprozesses fachlich zu beraten.

Ziel

Die regulativen und institutionellen Voraussetzungen für eine gemeinschaftliche Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses durch alle relevanten Akteure in Mauretanien sind verbessert.

Vorgehensweise

Das TZ-Modul zielt auf die Stärkung der makropolitischen Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses in Mauretanien ab. Im Kern stehen die Förderung der Steuerungs- und Koordinationsfähigkeiten des Dezentralisierungsministeriums und der für Dezentralisierung und Lokalentwicklung zuständigen Generaldirektion im Innenministerium, die die politische Verantwortung für eine erfolgreiche Umsetzung der mauretanischen Dezentralisierungsstrategie innehaben. Da Dezentralisierung immer auch die Reform des Staatsaufbaus mit sich bringt, ist die Einbeziehung weiterer relevanter Akteure (unter anderem Sektorministerien, Gebietskörperschaften, nichtstaatliche Akteure) wesentlich für den Erfolg. Konkret sollen in inklusiven Abstimmungsmechanismen die Vorbereitungen und rechtlichen Verankerungen getroffen werden, um Kompetenzen und Ressourcen mittelfristig auf die subnationale Ebene zu übertragen und Dienstleistungen über die lokale Ebene flächendeckend, effizient und bürgernah zu erbringen. Hierfür sind zunächst die Sektoren Bildung, Gesundheit und Umwelt vorgesehen. Flankiert wird der Ansatz durch Kommunikationsmaßnahmen zur Dezentralisierungsreformkommunikation in den politischen und öffentlichen Raum, die auch die Berücksichtigung von Bedarfen spezifischer Bevölkerungsgruppen in der politischen Ausgestaltung der Dezentralisierung aufgreifen sollen. Hierfür integriert das TZ-Modul Organisations- und Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen, Fach- und Prozessberatung sowie Finanzierungen in seinen konzeptionellen Ansatz.

Erläuterung:

Inhaltliche Anforderungen an die Maßnahmenbeschreibung finden sich in der VI090 „Anleitung zur Erstellung von Maßnahmenbezeichnungen und Maßnahmenbeschreibungen“.

Anlage 5

Genderanalyse für ProGRESP II, Mauretanien

A solid red horizontal bar spanning the width of the page, positioned below the main title.

Titel des Vorhabens:	Förderung einer verantwortungsvollen Regierungsführung in Mauretanien (ProGRES P II)
Land / Länder:	Mauretanien
Sektor:	Good Governance und Dezentralisierung
Auftraggeber:	BMZ
Empfehlung GG-Kennung ¹ :	GG1
Anlass der Erstellung	☐ für ein Neuvorhaben ☒ für ein Folgevorhaben ☐ für ein Änderungsangebot ☐ für das GIZ-Portfolio im Land ☐ sonstige: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben
Status der Genderanalyse	☐ Vorläufige Genderanalyse ☒ Finalisierte Genderanalyse
Methodik für die Erstellung	☒ Deskstudie ☐ Deskstudie + Datenerhebung (z.B. Prüfmission vor Ort, Interviews etc)
Eingebundene Gender Ansprechperson/en	Es können mehrere Optionen angegeben werden: ☒ auf Projektebene: Metou Sylla ☒ *auf Landesebene: Carole Benda ☐ *der zuständigen Einheit in GloBe: Name <u>und</u> Einheit eingeben ☐ des Fach- und Methodenbereich: Name <u>und</u> Einheit eingeben * Hinweis: Obligatorisch für S+G einzubinden und in der Email an den S+G Desk in Cc zu setzen. Bei bilateralen Vorhaben ist die Gender-AP auf Länderebene zu involvieren; bei RV entweder diejenige des Sitzlandes des Vorhabens, oder des Bereichs; bei SV und GV die Gender-AP der zuständigen Einheit in GloBe, ansonsten die der zuständigen Fachabteilung.
Weitere eingebundene Person/en und/oder Funktionsgruppe/n	☒ AV(-V) ☒ Projektmitarbeiter*in(nen) ☒ Missions-Team einer Prüfmission ☒ Fachplaner*in(nen) ☒ Gutachter*in(nen)
Autor*in(nen) der Genderanalyse	Benjamin Moscovici, Berater ProGRES P, 1100
Erstellungsdatum	09/2025

¹ Gemäß dem OECD DAC ist die Kennungsvergabe für alle ODA-finanzierten Vorhaben vorgesehen. Die GG-Kennung wird für BMZ-Vorhaben und EU-Ko-Finanzierungen eingefordert. Andere deutsche öffentliche Auftraggeber sehen derzeit davon ab.

Kapitel 1: Einleitung

Die vorliegende Genderanalyse wurde im Rahmen der Phase II des Vorhabens „Programme de Promotion d’une Gouvernance Responsable (ProGRES II)“ erstellt. Sie dient der systematischen Erfassung von geschlechtsspezifischen Ungleichheiten, Rollenmustern sowie den damit verbundenen Risiken und Chancen im Kontext der Dezentralisierung in Mauretanien.

Die Analyse verfolgt folgende Ziele:

- Identifizierung der relevanten Genderdynamiken auf Meta-, Makro-, Meso- und Mikro-Ebene, die für das Vorhaben bedeutsam sind.
- Darstellung, wie sich bestehende Diskriminierungen und strukturelle Ungleichheiten (insbesondere zwischen Frauen, Männern und marginalisierten Gruppen wie Haratin und Afro-Mauretanern) auf den Sektor Dezentralisierung auswirken.
- Ableitung von Handlungsempfehlungen für das Vorhaben, um Gleichstellung der Geschlechter als Querschnittsaufgabe systematisch zu berücksichtigen.
- Beitrag zur Erfüllung der Anforderungen der GIZ-Gender-Policy sowie der Vorgaben zur Safeguards+Gender Risikoanalyse (iPCA).

Während ProGRES I (2021–2025) vor allem auf der Ebene ausgewählter Kommunen ansetzte, fokussiert ProGRES II (2026–2028) auf die nationale Rahmensetzung für Dezentralisierung. Damit verschiebt sich der Schwerpunkt der Genderanalyse: weg von lokalen Pilotgemeinden, hin zu den gesetzlichen, institutionellen und politischen Rahmenbedingungen, die es den Kommunen künftig ermöglichen sollen, eine stärkere Rolle für Inklusion, Gleichstellung und soziale Kohäsion einzunehmen.

Die Genderanalyse bildet somit eine Grundlage für die Planung, Umsetzung und Wirkungsmessung des Vorhabens und trägt dazu bei, dass ProGRES II seine Wirkungen konflikt- und gendersensibel entfalten kann.

Kapitel 2: Informationen zu Genderdimensionen im Land oder der Region

2.1 Meta-Ebene (Normen)

In Mauretanien prägen stark tradierte Geschlechterrollen die gesellschaftlichen Erwartungen an Frauen und Männer. Das dominante Rollenmodell basiert auf einer Vorstellung der Komplementarität: Männern wird die Rolle des Ernährers und öffentlichen Entscheidungsträgers zugeschrieben, während Frauen primär für Reproduktion, Haushalt und familiäre Fürsorge verantwortlich gemacht werden. Dieses Rollenverständnis wird sowohl durch religiöse Interpretationen als auch durch soziale Praktiken gestützt.

Religion und Tradition sind zentrale Faktoren, die Normen reproduzieren. Der Islam, in Mauretanien gesellschaftlich und politisch tief verankert, wird in konservativen Auslegungen häufig zur Legitimation geschlechtsspezifischer Hierarchien genutzt. Gleichzeitig existieren regionale und ethnische Unterschiede: Während in arabisch-berberischen Gruppen (Bidan) stark patriarchale Strukturen dominieren, sind bei Afro-Mauretanern (z. B. Halpulaar, Soninké) und Haratin ebenfalls traditionelle Rollenbilder ausgeprägt, allerdings mit unterschiedlichen familiären und ökonomischen Ausprägungen.

Bildungsstand, Urbanisierung und Alter beeinflussen diese Normen erheblich. In urbanen Zentren wie Nouakchott und Nouadhibou entstehen zunehmend konkurrierende Strömungen, die Gleichberechtigung, höhere Bildungsaspirationen für Frauen und stärkere weibliche

Partizipation befürworten. Jüngere Generationen zeigen sich insbesondere in sozialen Medien stärker an globalen Gleichstellungsdiskursen orientiert.² Dennoch bleibt der Widerstand gegen Veränderungen auf dem Land und in konservativen Milieus hoch.

Die Auswirkungen dieser Normen sind vielschichtig:

- Gesundheit: Traditionelle Praktiken wie die weibliche Genitalverstümmelung (MGF) – mit landesweit über 60 % Prävalenz – beeinträchtigen die sexuelle und reproduktive Gesundheit vieler Frauen.³
- Geschlechtsspezifische Gewalt: Patriarchale Normen begünstigen geschlechtsspezifische Gewalt und schränken die Schutzmöglichkeiten für Betroffene ein.
- Bildung: Mädchen besuchen seltener weiterführende Schulen, was ihre Chancen auf ökonomische Unabhängigkeit einschränkt.
- Politische Partizipation: Frauen sind in politischen Ämtern stark unterrepräsentiert (< 1 % Bürgermeisterinnen), was strukturell durch bestehende Normen gestützt wird.
- Konfliktprävention und soziale Kohäsion: Geschlechterrollen werden auch in ethnischen Machtverhältnissen instrumentalisiert; Mehrfachdiskriminierung trifft insbesondere Frauen aus marginalisierten Gruppen (Afro-Mauretanierinnen, Haratin).

Es bestehen jedoch auch gegenläufige gesellschaftliche Strömungen: Frauen- und Jugendorganisationen, Netzwerke wie REFELA Mauritanie sowie progressive Stimmen innerhalb religiöser und intellektueller Eliten fordern mehr Gleichstellung und verweisen auf islamische Auslegungen, die Rechte und Würde von Frauen betonen. Diese Stimmen gewinnen v. a. in urbanen Kontexten an Gewicht, bleiben jedoch bislang politisch schwach verankert.

2.2 Makro-Ebene (Politiken und Gesetzgebung)

Mauretanien ist Mitglied zahlreicher internationaler und regionaler Abkommen, die die Gleichstellung der Geschlechter betreffen. Dazu zählen insbesondere die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), die Agenda 2063 der Afrikanischen Union, die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDG 5: Geschlechtergleichstellung) sowie das Maputo-Protokoll zur Charta der Menschenrechte und der Rechte der Frau in Afrika. Die Ratifizierung erfolgt jedoch häufig mit Vorbehalten, die auf religiös-konservative Interpretationen verweisen und die praktische Umsetzung begrenzen.⁴

Auf nationaler Ebene ist die Gleichstellung der Geschlechter in der Verfassung von 1991 verankert (Art. 1: Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz). Gleichzeitig bestehen weiterhin geschlechtsspezifisch diskriminierende Bestimmungen im Zivil- und Familienrecht, die Frauen im Erbrecht, beim Sorgerecht und im Personenstandswesen benachteiligen. Besonders restriktiv wirken die Vorschriften im Bereich des Familienrechts (Personal Status Code), die die rechtliche und ökonomische Abhängigkeit von Frauen fortschreiben.

Die wichtigsten nationalen Politiken und Strategien im Bereich Gleichstellung sind:

- SNIG (Stratégie Nationale d'Intégration du Genre, 2020–2030): zentrale Referenz für die Integration von Gender in allen Sektoren. Sie wird von MASEF (Ministère des Affaires Sociales, de l'Enfance et de la Famille) koordiniert und gilt als umfassend, leidet jedoch unter unzureichender Finanzierung und begrenzten Umsetzungsmechanismen.⁵

² UNICEF (2022): *Country Gender Equality Brief Mauritania*.

³ UNFPA (2023): *Étude sur la Prévalence des MGF en Mauritanie*.

⁴ Comité CEDAW (2022): *Concluding Observations: Mauritania*

⁵ Gouvernement de Mauritanie / MASEF (2020): *Stratégie Nationale d'Intégration du Genre (SNIG)*

- SCAPP (Stratégie de Croissance Accélérée et de Prospérité Partagée, 2016–2030): übergeordnete Entwicklungsstrategie, die Gleichstellung als Querschnittsaufgabe definiert, jedoch vorrangig wachstumsorientiert umgesetzt wird.⁶
- Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt (Plan VBG, 2021–2025): formuliert wichtige Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen, bleibt aber schwach umgesetzt.

Die Umsetzung dieser Strategien ist bislang fragmentiert. Defizite bestehen insbesondere in der Verbindlichkeit für Sektorministerien, in der Koordination zwischen MASEF und dezentralen Akteuren sowie in der Bereitstellung finanzieller Mittel. Zivilgesellschaftliche Organisationen – u. a. das Réseau des Femmes Élu·es Locales d'Afrique (REFELA), das Forum des Organisations Nationales des Droits de l'Homme (FONADH) und verschiedene Frauenrechts-NGOs – kritisieren regelmäßig die Kluft zwischen strategischer Ebene und praktischer Umsetzung. Sie weisen auf eine unzureichende Beteiligung marginalisierter Gruppen, das Fortbestehen diskriminierender Gesetze und die fehlende Strafverfolgung bei geschlechtsspezifischer Gewalt hin.

Bestimmte Politiken tragen faktisch zur Benachteiligung marginalisierter Bevölkerungsgruppen bei:

- Frauen und Mädchen, insbesondere aus den Gruppen der Haratin und Afro-Mauretanier, haben erschwerten Zugang zu Bildung, staatlichen Dienstleistungen und Justiz.
- Einschränkungen im Personenstandsrecht (état civil) führen dazu, dass ganze Bevölkerungsgruppen – v. a. in ländlichen Gebieten und unter Flüchtlingen – keine offiziellen Dokumente besitzen und dadurch Rechte und staatliche Leistungen nicht einfordern können.
- Die geringe Repräsentation von Frauen in politischen Institutionen (weniger als 1 % Bürgermeisterinnen, schwache Präsenz in nationalen Entscheidungsgremien) zeigt die Lücke zwischen verfassungsmäßiger Gleichstellung und faktischer Teilhabe.

Insgesamt zeigt sich: Mauretanien verfügt über eine grundlegende normative Basis für Geschlechtergleichstellung, doch die praktische Umsetzung bleibt unzureichend, sodass diskriminierende Praktiken fortbestehen.

2.3 Meso-Ebene (Institutionen)

Ministerien mit Gendermandat / staatliche Schlüsselinstitutionen

- MASEF – Ministère des Affaires Sociales, de l'Enfance et de la Famille
Mandat: Politikkoordination für Gleichstellung, Federführung SNIG (Stratégie Nationale d'Intégration du Genre).
Aufstellung/Einfluss: Fachlich anerkannt, aber chronisch unterfinanziert; begrenzte Durchsetzungskraft gegenüber Linienministerien. Benötigt klare Kooperationsmechanismen mit Innen-/Finanzressort, um Gender-Standards in sektorale Regelwerke und Transfers zu überführen.
- Innenministerium / DGDDL & CNDDL (Dezentralisierungsschlüssel)
Mandat: Rahmensetzung für Kommunen, Transfermechanismen, Aufsicht/Koordination.
Aufstellung/Einfluss: Hoch – entscheidend für die Verankerung von Paritäts-/Inklusionsstandards in nationalen Leitlinien, Entscheidungsvorlagen, Verträgen Staat–Kommune.

⁶ Gouvernement de Mauritanie (2016): SCAPP

Gender-Mainstreaming-Kapazitäten bislang heterogen (kein flächendeckendes „Gender Desk“).

- CNDH – Nationale Menschenrechtskommission
Mandat: Monitoring, Beratung, Berichte zu Rechten, inkl. Frauenrechten.
Einfluss: Mittel – kann öffentliche Legitimation für Reformen (Anti-Diskriminierung, Beteiligungsrechte) liefern.
- ONDFF / Observatoire & Statistikamt (ONS)
Mandat: Daten/Monitoring zu Frauen/Mädchen; geschlechtsdifferenzierte Daten.
Einfluss: Mittel – wichtig für evidenzbasierte Steuerung; braucht Systematik bei Datenerhebung (Kommunal- und Ressortdaten).

Weitere staatliche/halb-staatliche Akteure

- AMM – Association des Maires de Mauritanie (Bürgermeisterverband)
Rolle: Interessenvertretung Kommunen, potenzieller Multiplikator für inklusionsfördernde Standards; bislang sehr geringe Frauenrepräsentanz (z. B. < 1 % Bürgermeisterinnen).
- Religiöse/Räte & traditionelle Autoritäten
Rolle: Normsetzend, beeinflussen Deutungsspielräume (z. B. zu Frauenrechten/GBV). Können Reformen stützen oder blockieren – frühzeitige Sensibilisierung nötig.

Zivilgesellschaft und Netzwerke

- REFELA Mauritanie – Réseau des Femmes Élu·es Locales d’Afrique
Rolle: Hebel für Sichtbarkeit, Vernetzung, Advocacy von Frauen in der Lokalpolitik; wichtiger Brückenkopf zwischen Kommunen und nationaler Rahmensetzung.
Handlungsspielraum: Wächst, braucht institutionelle Anbindung und Ressourcen für Mentoring/Policy-Dialog.⁷
- Frauenrechts-NGOs, FONADH, Jugend-/Selbstvertretungen (inkl. Flüchtlingsorganisationen)
Rolle: Monitoring, Rechtsberatung, Anti-GBV-Arbeit, Beteiligungsformate.
Risiken: Teils eingeschränkter Handlungsspielraum (Registrierung, Versammlungen, Repression/Online-Druck); Kapazitäts- und Finanzierungslücken außerhalb Nouakchott.

Internationale Akteure / Geberkoordination

- UN-Akteure: UN Women, UNFPA, UNICEF, UNDP, UNHCR/IOM – Gendernormen, GBV-Services, Jugend/Refugees, Daten/SDG-Monitoring.
- Finanzielle/technische Zusammenarbeit: EU-Delegation, Weltbank, AFD, KfW, GIZ, ILO – Governance-, Dezentralisierungs- und Gleichstellungsagenden; teils Gender-Arbeitsgruppen (EU/UN-Runden) auf Länderebene.
- Relevanz: Gute Ansätze zu Gender-Tagging (WB/EU), GBV-Fokus (UNFPA), CSO-Stärkung (UN Women). Koordination wichtig, um doppelte Ansätze zu vermeiden und gemeinsame Standards (z. B. Parität, Datendisaggregation) zu setzen.

Synergien / Kooperationsmöglichkeiten (mit konkretem Mehrwert für ProGRES P II)

⁷ REFELA Mauritanie (2023): *Rapport sur la participation des femmes dans la gouvernance locale*

- DGDDL/CNDDL × MASEF/REFELA: Co-Entwicklung nationaler Leitfäden/ToR (Beteiligung, Paritäts-Benchmarks, Inklusion marginalisierter Gruppen) + Mentoring-Pfade für gewählte Frauen.
- CNDH/ONDFF/ONS × ProGRES P II: Aufbau eines geschlechtsdifferenzierten Dezentralisierungs-Monitorings (Teilnahme, Transfers, Zugang zu Diensten) – Anknüpfung an Output 3 (Kommunikation) und O1/O2 (Rahmen/Koordination).
- UNFPA/UN Women × ProGRES P II: Verknüpfung von GBV-Schutzprotokollen und capacity development für Verwaltung (Do-no-harm, sichere Beteiligung).
- AMM/REFELA × ProGRES P II/ProCOMMUNE/ProEMPLOI: Skalierung von Peer-Learning (Frauen als Mandatsträgerinnen; jugendfreundliche Beteiligung), Übergang von Pilotformaten zu nationalen Standards.
- KfW/AFD/WB × ProGRES P II: Co-Branding von Paritäts-/Inklusionsklauseln in Programmvereinbarungen, Daten-Interoperabilität (Kommunal финанzen, Transfers, Personal).
- Portfolio-intern (ProGRH, DEIM II, ProH2, RenForce, ProNEXUS): Einbettung von Gender-/Inklusionsstandards in sektorale Regelwerke (Fischerei, Ressourcen, grüne Transformation, Frauenrechte, Flucht/Vertreibung); wechselseitige Nutzung von Kommunikationskampagnen und CSO-Netzwerken.

2.4 Mikro-Ebene (Zielgruppen)

Geschlechtsspezifische Rollen/Benachteiligungen & Ursachen

- Rollenbilder: Männer als Ernährer/öffentliche Entscheidungsträger; Frauen als Hauptverantwortliche für Reproduktion/Haushalt/Pflege. Diese Komplementaritätsnormen werden religiös, kulturell und durch traditionelle Autoritäten gestützt.
- Benachteiligungen: Frauen sind in politischer Repräsentation extrem unterrepräsentiert (u. a. < 1 % Bürgermeisterinnen), in Verwaltung und öffentlichem Dienst seltener in Entscheidungsfunktionen; eingeschränkter Zugang zu Land/Eigentum, öffentlichen Anstellungen und karrierefördernder Bildung.
- Ursachen: Patriarchale Normen, diskriminierende Rechts- und Verwaltungspraktiken (v. a. Personenstand/Erbrecht), geringe Verhandlungsmacht in Haushalten, geringere Mobilität/Netzwerke, mangelnde Ressourcen (Zeit/Einkommen), Sprach- und Alphabetisierungsbarrieren.
- Folgen: Geringere politische/ökonomische Teilhabe, Abhängigkeiten, erhöhte Vulnerabilität gegenüber Gewalt, schwächere Nutzung staatlicher Leistungen.

Soziodemografische Disaggregation & Mehrfachdiskriminierung

- Ethnizität/Status: Frauen aus Haratin und Afro-Mauretanier-Gemeinschaften sind überdurchschnittlich von struktureller Diskriminierung betroffen (Zugang zu état civil, Land, Justiz).⁸
- Alter/Ort: Junge Frauen und Männer (v. a. ländlich) mit niedriger Schulbildung und eingeschränkter Mobilität/Internetnutzung sind benachteiligt; städtische junge Frauen profitieren eher von Netzwerken, bleiben aber politisch unterrepräsentiert.
- Fluchtstatus: Geflüchtete (z. B. aus Mbera) und staatenlose Personen stoßen auf Hürden beim Zugang zu Dokumenten, Leistungen und Schutzmechanismen.

⁸ World Bank (2022): *Enquête Permanente sur les Conditions de Vie des Ménages*

- Behinderung/Armut/Sprachen: Menschen mit Behinderung, Haushalte in Armut sowie Sprecher:innen nicht-dominanter Sprachen (Pulaar, Soninké, Wolof) erleben zusätzliche Hürden.
- LGBTIQ+: Hohe Stigmatisierung und rechtliche Risiken führen zu Unsichtbarkeit und eingeschränktem Zugang zu Schutz/Justiz.

Wirkung sozialer Normen im öffentlichen/privaten Raum & Dynamiken

- Haushalt/Entscheidungen: Männer dominieren häufig Ressourcen- und Rechtsentscheidungen (z. B. Land, Einkommen), Frauen schultern unbezahlte Sorgearbeit.
- Öffentlicher Raum: Normen begrenzen Sichtbarkeit und Teilhabe von Frauen/Jugendlichen (Sitzungszeiten, Kinderbetreuung, sichere Mobilität).
- Wandel: In urbanen Kontexten/Jugendkohorten wachsen gleichstellungsorientierte Gegenströmungen (u. a. über Social Media, REFELA-Netzwerke), bleiben aber strukturell schwach verankert.

Normabweichung & Konsequenzen

- Frauen/Jugendliche, die Normen infrage stellen (Kandidaturen, Aktivismus), erleben sozialen Druck, Online-Anfeindungen, Reputationsrisiken; bei Behördenmitarbeitenden können berufliche Nachteile entstehen, wenn sie etablierte Patronage-/Genderrollen aufbrechen.

Sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt (SGBV) & Gesundheit

- SGBV (inkl. häuslicher/öffentlicher Gewalt) bleibt verbreitet; MGF > 60 % bei Frauen 15–49.
- Gesundheit/PSY: Unzureichender Zugang zu sicherer, vertraulicher Unterstützung (medizinisch, psychosozial, rechtlich), v. a. außerhalb urbaner Zentren; erhöhte Risiken für Belastungsstörungen/Traumatisierung.
- Melde-/Zugangsbarrieren: Scham, Stigma, geringe Rechtsdurchsetzung, Sprach- und Mobilitätshürden.

Mögliche Mikro-Effekte von IZ/EZ-Interventionen (Relevanz ProGRES P II)

- Indirekte Empowerment-Pfadabhängigkeit: Nationale Standards/Leitlinien (Partizipation, Paritäts-/Inklusionsbenchmarks, diskriminierungsfreie Verfahren) schaffen Rechte- und Zugangsgrundlagen, die Kommunen später konkretisieren können.
- Informations- und Anspruchswissen: Zielgruppenspezifische Kommunikation (Frauen/Jugend/Refugees, mehrsprachig, analog/digital) erhöht Kenntnis von Rechten/Verfahren (z. B. Etat civil, Beschwerdewege) und senkt Einstiegshürden.
- Sichere Beteiligungsbedingungen: Vorgaben zu sicheren Formaten (zeitliche/örtliche Passung, Kinderbetreuung, Code of Conduct, GBV-Hinweiswege) erhöhen die tatsächliche Teilnahme marginalisierter Gruppen.
- Daten als Hebel: Geschlechts-/alters-/status-disaggregierte Verwaltungsdaten (Teilnahme, Transfers, Leistungen) machen Ungleichheiten sichtbar und erzeugen Anreize zur Korrektur.

Schlussfolgerungen für das Vorhaben

- Anknüpfungspunkte: Nationale Rahmensetzung für Dezentralisierung bietet die Chance, Gender- und Inklusionsstandards verbindlich in Gesetzgebung und Strategien zu verankern; Erfahrungen aus ProGRES P I und ProCOMMUNE können dabei als praktische Modelle für partizipative Verfahren und Netzwerkarbeit dienen.
- Potenziale zur Förderung der Gleichberechtigung: REFELA Mauritanie ist eine zentrale Plattform, um die politische Rolle von Frauen sichtbar zu machen; zielgruppenspezifische Kommunikation kann Akzeptanz für Pluralität stärken; systematische Datendisaggregation ermöglicht Transparenz und Steuerung; Synergien mit anderen Vorhaben erhöhen die Wirksamkeit.
- Mögliche Risiken: Es besteht die Gefahr symbolischer Beteiligung ohne echte Einflussmöglichkeiten; Quoten oder Paritätsregelungen könnten ohne begleitende Ressourcen wirkungslos bleiben; konservative Kräfte könnten gegen Gender-Mainstreaming mobilisieren und Reformen blockieren.
- Prioritäre Handlungsfelder: Institutionalisierung von Gleichstellungsstandards in nationalen Rahmenwerken; gezielte Stärkung von REFELA und vergleichbaren Netzwerken; Kommunikation und Sensibilisierung zu Teilhabe und Inklusion für unterschiedliche Zielgruppen; Kapazitätsaufbau in Partnerinstitutionen zur Umsetzung von Gender-Vorgaben; konsequentes Monitoring mit geschlechts- und diversitätsdifferenzierten Daten.

Kapitel 3: Genderdimensionen im Sektor

3.1 Meta-Ebene

Im Sektor Dezentralisierung und lokale Governance bestehen deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Frauen sind sowohl auf nationaler als auch auf kommunaler Ebene stark unterrepräsentiert: weniger als 1 % der Bürgermeisterposten sind weiblich besetzt, auch in Gemeinderäten und Verwaltungspositionen ist der Frauenanteil gering.⁹

Es existieren zudem rechtliche und politische Diskriminierungen, die Frauen und marginalisierte Gruppen (u. a. Haratin und Afro-Mauretanier) am gleichberechtigten Zugang zu Rechten und Ressourcen hindern. Besonders im Bereich des Familienrechts (Personenstand, Erbrecht, Sorgerecht) bestehen strukturelle Nachteile für Frauen.¹⁰ Diese wirken sich auch indirekt auf die kommunale Ebene aus, da sie die politische Partizipation und die ökonomische Handlungsfähigkeit von Frauen einschränken.

Soziale Normen verstärken diese Muster. Traditionelle Rollenvorstellungen definieren politische Repräsentation als männliche Aufgabe und schränken die Mobilität von Frauen ein.¹¹ Gleichzeitig zeigen urbane Jugendgruppen und Netzwerke wie REFELA erste Gegenströmungen, die mehr Pluralität und weibliche Teilhabe einfordern.¹²

⁹ BTI (2024): *Mauritania Country Report*.

¹⁰ Comité CEDAW (2022): *Concluding Observations: Mauritania*.

¹¹ UNFPA (2023): *Étude sur la Prévalence des MGF en Mauritanie*.

¹² REFELA Mauritanie (2023): *Rapport sur la participation des femmes dans la gouvernance locale*.

Die Einbindung in Entscheidungsprozesse ist entsprechend ungleich: Während Männer dominieren, bleiben Frauen oft auf symbolische Rollen beschränkt oder wirken nur in beratenden Gremien ohne Stimmrecht mit.¹³ Fehlende Ressourcen (Zeit, Einkommen, Bildung), geringe institutionelle Unterstützung und begrenzter Zugang zu Netzwerken verschärfen diese Ungleichheit.

3.2 Makro-Ebene

In den Sektorpolitiken zur Dezentralisierung ist die Genderdimension bislang nur eingeschränkt berücksichtigt. Zwar existieren nationale Gleichstellungsstrategien wie die SNIG (Stratégie Nationale d'Intégration du Genre), die Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe formulieren, doch deren Umsetzung in dezentralisierungsspezifischen Leitlinien und Reformprozessen bleibt fragmentarisch.¹⁴

Die nationale Entwicklungsstrategie SCAPP verweist ebenfalls auf Gleichstellung, legt den Schwerpunkt jedoch auf makroökonomisches Wachstum und Armutsreduzierung; die praktische Integration in das Dezentralisierungsprogramm des Innenministeriums ist schwach.¹⁵ Auch das Plan d'Action VBG (2021–2025) enthält keine spezifische Verknüpfung mit lokaler Governance.

Im internationalen Diskurs gilt Dezentralisierung als ein zentraler Hebel für Inklusion, Partizipation und Gendergerechtigkeit. Geber wie die EU, Weltbank, UNDP und GIZ betonen die Bedeutung von lokalen Entscheidungsgremien, um Frauen und marginalisierten Gruppen Zugang zu Ressourcen und politischer Repräsentation zu ermöglichen.¹⁶ In der Praxis bleibt jedoch die Finanzierung und das Monitoring nationaler Gleichstellungsziele im Sektor unzureichend.

Politische Vorgaben und Strategien zur Gleichstellung werden auf Ebene des Innenministeriums (DGDDL, CNDDL) bislang nicht systematisch operationalisiert. Genderindikatoren fehlen häufig in den nationalen Monitoring-Systemen der Dezentralisierung.¹⁷

Zivilgesellschaftliche Organisationen – insbesondere REFELA Mauritanie und Frauenrechts-NGOs – kritisieren regelmäßig, dass Frauen in Entscheidungspositionen unterrepräsentiert sind und Genderfragen in sektoralen Reformpapieren kaum sichtbar sind.¹⁸ Sie fordern verbindliche Quotenregelungen, eine konsequentere Berücksichtigung von Gleichstellungszielen in Finanztransfers sowie die Stärkung von Frauen im öffentlichen Dienst.

Eine systematische Verbindung zwischen Dezentralisierung und Gender ist sinnvoll und notwendig: über die Einführung nationaler Paritäts- und Inklusionsstandards, die geschlechtsdifferenzierte Datenerhebung im Sektor sowie über gezielte Kapazitätsentwicklung in Verwaltungen und Kommunalverbänden. Internationale Partner (EU, Weltbank, UNDP, GIZ) adressieren Genderfragen zunehmend in ihren Governance-Programmen, allerdings mit unterschiedlicher Reichweite und oft ohne kohärentes sektorübergreifendes Monitoring.

3.3 Meso-Ebene

Im Innenministerium (DGDDL, CNDDL) existieren bislang keine systematischen Genderstrukturen, die die Gleichstellung im Dezentralisierungssektor sicherstellen.¹ Genderaspekte werden punktuell adressiert, häufig abhängig von projektbezogener Unterstützung (z. B.

¹³ GIZ (2023): *Analyse Genre ProCOMMUNE*.

¹⁴ Gouvernement de Mauritanie / MASEF (2020): *Stratégie Nationale d'Intégration du Genre (SNIG)*.

¹⁵ Gouvernement de Mauritanie (2016): *SCAPP – Stratégie de Croissance Accélérée et de Prospérité Partagée*.

¹⁶ BTI (2024): *Mauritania Country Report*.

¹⁷ GIZ (2023): *Analyse Genre ProCOMMUNE*.

¹⁸ REFELA Mauritanie (2023): *Rapport sur la participation des femmes dans la gouvernance locale*.

durch GIZ oder UNDP). Eine institutionalisierte Ansprechstelle oder ein Gender-Desk fehlt, was die Effektivität stark einschränkt.

Das MASEF ist formal federführend für Gleichstellungsfragen und die Umsetzung der SNIG. In der Praxis bleibt der Einfluss des Ministeriums auf die Dezentralisierungsreformen des Innenressorts begrenzt, da Koordination und politische Steuerung nicht ausreichend institutionalisiert sind.¹⁹

Als wichtige Kooperationspartner zur Förderung von Gleichstellung im Sektor gelten:

- REFELA Mauritanie, das Netzwerk weiblicher Mandatsträgerinnen, das Erfahrungen und Forderungen lokaler Politikerinnen in nationale Reformprozesse einbringen kann.²⁰
- AMM (Association des Maires de Mauritanie), das die Interessen der Kommunen vertritt, aber bisher nur wenige Gender-Themen systematisch integriert hat.
- CNDH (Commission Nationale des Droits de l'Homme), die über menschenrechtliche Monitoringmandate verfügt und Genderfragen in ihre Berichte einbezieht.²¹
- Zivilgesellschaftliche Organisationen (z. B. FONADH, Frauenrechts-NGOs), die Rechtsberatung, Advocacy und Sensibilisierung zu Gleichstellung und Gewaltprävention leisten, jedoch oft eingeschränkten Handlungsspielraum haben.²²
- Geber und internationale Organisationen wie die EU-Delegation, UN Women, UN-FPA, Weltbank und GIZ, die Gender im Governance-Portfolio adressieren, u. a. über Gender-Arbeitsgruppen.

Stärkungsbedarf besteht vor allem bei:

- DGDDL/CNDDL, um Genderkompetenzen in die Gestaltung von Rahmenwerken, Transfermechanismen und Monitoring-Systemen zu integrieren.
- AMM, das Frauenförderung in seine Programme aufnehmen sollte, insbesondere durch Austauschformate und Peer-Learning.
- REFELA, das mehr Ressourcen und institutionelle Verankerung benötigt, um nationale Advocacy-Rollen auszufüllen.

Andere Geber unterstützen bereits teilweise (z. B. UN Women → REFELA, Weltbank → Genderindikatoren im Public Sector, GIZ → Governance-Vorhaben), doch eine bessere Abstimmung wäre notwendig, um Kohärenz im Sektor zu sichern.

3.4 Mikro-Ebene

Im Sektor Dezentralisierung wirken sich bestehende geschlechtsspezifische Rollenbilder direkt auf die Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen aus. Frauen sind in lokalen und nationalen Governance-Strukturen massiv unterrepräsentiert (< 1 % Bürgermeisterinnen, schwache Präsenz in Gemeinderäten).²³ Normen, die Frauen vorrangig in der Familie verorten, schränken ihre Mobilität, Zeitressourcen und Möglichkeiten zur aktiven politischen Teilnahme ein.

Auch Mehrfachdiskriminierungen prägen die Situation:

¹⁹ Gouvernement de Mauritanie / MASEF (2020): *Stratégie Nationale d'Intégration du Genre (SNIG)*.

²⁰ REFELA Mauritanie (2023): *Rapport sur la participation des femmes dans la gouvernance locale*.

²¹ Comité CEDAW (2022): *Concluding Observations: Mauritania*.

²² GIZ (2023): *Analyse Genre ProCOMMUNE*.

²³ BTI (2024): *Mauritania Country Report*.

- Ethnische Zugehörigkeit: Frauen aus Haratin- und Afro-Mauretanier-Gemeinschaften sind von struktureller Diskriminierung betroffen, u. a. eingeschränkter Zugang zu état civil und Landrechten.²⁴
- Alter und Jugend: Junge Frauen und Männer, besonders aus ländlichen Regionen, haben geringere Chancen auf politische Mitgestaltung; mangelnde Sprachkenntnisse (Arabisch, Französisch) und Alphabetisierung verstärken Ausschlüsse.²⁵
- Sozioökonomischer Status: Frauen in Armutshaushalten verfügen über weniger Ressourcen (Einkommen, Netzwerke, Bildung), was ihre Partizipation zusätzlich einschränkt.
- Fluchtstatus: Geflüchtete und staatenlose Frauen sind besonders benachteiligt, da sie häufig über keine gültigen Papiere verfügen und dadurch von politischen und sozialen Rechten ausgeschlossen bleiben.²⁶

Die Folgen für den Sektor sind erheblich:

- Politische Entscheidungen spiegeln die Interessen von Frauen, Jugendlichen und marginalisierten Gruppen kaum wider.
- Mangelnde Diversität in Entscheidungspositionen schwächt die gesellschaftliche Legitimität und das Konfliktpotenzial lokaler und nationaler Governance-Strukturen steigt.
- Inklusion bleibt punktuell, statt systematisch in den Reformprozess integriert zu sein.

Schlussfolgerungen für das Vorhaben

- Rahmensetzung nutzen: ProGRES II kann Gender- und Inklusionsstandards verbindlich in nationale Dezentalisierungsrichtlinien integrieren.
- An Erfahrungen anknüpfen: Partizipative Ansätze aus ProGRES I und ProCOMMUNE lassen sich in nationale Standards überführen.
- Potenziale stärken: REFELA bietet eine Plattform zur politischen Stärkung von Frauen; Datendisaggregation schafft Transparenz; Kommunikation kann gesellschaftliche Akzeptanz fördern.
- Risiken beachten: Symbolische Beteiligung ohne Entscheidungsbefugnis, Quoten ohne Ressourcen sowie Widerstände konservativer Akteure könnten Fortschritte bremsen.
- Prioritäten setzen: Institutionalisierung von Genderstandards, gezielte Förderung von REFELA, zielgruppenspezifische Kommunikation, Kapazitätsaufbau in Partnerinstitutionen und systematisches Monitoring mit disaggregierten Daten.

Kapitel 4: Gendersensibilität und -kompetenzen sowie Gleichstellung in der/den Partner-organisation(en)

Das MASEF verfügt mit der Stratégie Nationale d'Intégration du Genre (SNIG, 2020–2030) über die nationale Referenzstrategie zur Gleichstellung. Diese Strategie gilt jedoch nur eingeschränkt innerhalb anderer Ministerien, insbesondere im Innenressort. Spezifische Policies gegen sexuelle Belästigung oder systematische Fürsorgekonzepte für Mitarbeitende

²⁴ Comité CEDAW (2022): *Concluding Observations: Mauritania*.

²⁵ UNICEF (2022): *Country Gender Equality Brief Mauritania*.

²⁶ ONS / World Bank (2022): *Enquête Permanente sur les Conditions de Vie des Ménages*.

existieren in den staatlichen Partnerorganisationen bislang nicht. Auch im Innenministerium (DGDDL, CNDDL) sind Genderfragen bislang nicht institutionell verankert; Gleichstellung wird eher projektgetrieben adressiert, etwa durch die Unterstützung internationaler Partner.

In den Strukturen und Prozessen von DGDDL und CNDDL ist Gender bislang nur am Rande integriert. Kapazitäten für Gender-Mainstreaming fehlen weitgehend, und es gibt keine Gender-Desks oder fest verankerten Ansprechpersonen. Beim MASEF bestehen zwar formale Strukturen, doch diese verfügen über eine begrenzte Durchsetzungskraft gegenüber anderen Ressorts. In der Arbeit der Partnerinstitutionen zeigt sich dies daran, dass DGDDL und CNDDL ihren Schwerpunkt auf administrative und fiskale Steuerung legen, ohne Gender als Querschnittsthema systematisch mitzudenken. Eine Ausnahme bildet REFELA Mauritanie, das Netzwerk weiblicher Mandatsträgerinnen, das Genderfragen konsequent in seine Arbeit integriert, indem es Sichtbarkeit, Vernetzung und Advocacy für gewählte Frauen fördert.

Bei den staatlichen Partnern bestehen erhebliche Wissens- und Sensibilisierungslücken in Bezug auf das Genderkonzept. Kompetenzen hängen oft an einzelnen Personen und sind nicht institutionell gesichert. Fortbildungen, systematische Trainings und Austauschformate – beispielsweise in Zusammenarbeit mit REFELA, MASEF oder UN Women – wären notwendig, um Genderkompetenzen gezielt aufzubauen. Auch innerbetrieblich ist die Gleichstellung in den staatlichen Partnerinstitutionen schwach verankert: Frauen sind in Führungspositionen stark unterrepräsentiert, während Personalentwicklung, Beförderungen und Vergütungssysteme nicht geschlechtergerecht ausgestaltet sind. Mitarbeiterinnen berichten, dass sie im Vergleich zu männlichen und älteren Kollegen mit geringeren Aufstiegschancen rechnen müssen. Eine systematische Politik zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie existiert ebenfalls nicht; entsprechende Regelungen hängen weitgehend vom guten Willen einzelner Vorgesetzter ab.

Als fördernde Einheiten und potenzielle Kooperationspartner sind insbesondere REFELA Mauritanie sowie das MASEF hervorzuheben. Beide Akteure könnten durch gezielte Stärkung in die Lage versetzt werden, Genderfragen auch in die nationale Rahmensetzung zur Dezentralisierung einzubringen. Gleichzeitig bieten internationale Partner wie UN Women, UNFPA oder die EU konkrete Anknüpfungspunkte, um Policies, Trainings und Monitoringinstrumente für mehr Gleichstellung in den Partnerinstitutionen zu entwickeln.

Schlussfolgerungen für das Vorhaben

- Partnerinstitutionen (DGDDL, CNDDL) verfügen bislang über keine systematischen Genderstrukturen; Gender wird nur projektbezogen adressiert.
- MASEF stellt mit der SNIG die nationale Referenz, hat jedoch geringe Durchsetzungskraft gegenüber den dezentralisierungsrelevanten Ressorts.
- REFELA Mauritanie und zivilgesellschaftliche Akteure bieten Potenzial als Multiplikatoren für Gleichstellung und politische Sichtbarkeit.
- Internationale Partner (UN Women, UNFPA, EU) ermöglichen Synergien bei Trainings, Policy-Entwicklung und Monitoring.
- Risiken bestehen in symbolischer Behandlung von Genderfragen und Abhängigkeit von Einzelpersonen.
- Prioritär sind Maßnahmen zur institutionellen Verankerung von Genderstrukturen, zum Kapazitätsaufbau bei DGDDL/CNDDL, zur Stärkung von REFELA sowie zur Integration von Gender in Prozesse und Monitoring.

Kapitel 5: Gendersensibilität und -kompetenzen im Vorhaben/ unter den Mitarbeiter*innen im Land

5.1 Gleichstellung der Geschlechter im Team

Die Zusammensetzung des ProGRES II-Teams hat sich seit der Vorgängerphase nur geringfügig verändert. Mit dem Ausscheiden eines männlichen Kollegen sowie der Auslagerung der beiden, zuvor im Projekt angesiedelten, weiblichen RAFs in eine portfolioübergreifende Service Unit umfasst das Team aktuell zwei Frauen und fünf Männer sowie zusätzlich einen männlichen France Volontaire. Damit bleibt die Repräsentation von Frauen im Team gering und das Geschlechterverhältnis unausgewogen.

Ein spezifisches, teaminternes Leitbild zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit existiert nicht; Gleichstellungsaspekte werden jedoch in den Standards und Policies des GIZ-Landesbüros mitgeführt. Maßnahmen zur Personalentwicklung orientieren sich an den GIZ-internen Vorgaben und bieten grundsätzlich gleiche Chancen für Frauen und Männer. In der Praxis bestehen jedoch Einschränkungen, da die geringe Zahl weiblicher Fachkräfte die Sichtbarkeit und Repräsentanz im Team schwächt.

Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie (flexible Arbeitszeiten, Home-Office, familienfreundliche Arbeitsregelungen) stehen den Mitarbeitenden im Rahmen der GIZ-Standards zur Verfügung. Es gibt keine bekannten geschlechtsspezifischen Diskriminierungsmuster oder systematischen Benachteiligungen im Team. Präventionsmaßnahmen gegen Diskriminierung und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz sind über die Policies des Landesbüros geregelt.

5.2 Genderkompetenz der Teammitglieder

Das Verständnis des Genderansatzes im Team von ProGRES II ist insgesamt vorhanden, bleibt jedoch heterogen ausgeprägt. Einzelne Mitarbeitende verfügen über solide Kenntnisse und setzen Genderaspekte in ihren Aufgabenbereichen aktiv um, während andere nur ein begrenztes oder eher formales Verständnis haben. Typische Missverständnisse bestehen darin, Gender ausschließlich mit Frauenförderung gleichzusetzen und nicht als Querschnittsansatz zu verstehen, der alle gesellschaftlichen Gruppen betrifft.

Die politischen Vorgaben der GIZ sowie die unternehmenseigenen Instrumente (Genderstrategie, Genderanalyse, interne Weiterbildungsmöglichkeiten) sind grundsätzlich bekannt, werden aber nur unregelmäßig genutzt. Eine systematische Umsetzung im Arbeitsalltag erfolgt bislang vor allem dann, wenn es projekt- oder auftragsbedingt erforderlich ist (z. B. im Rahmen der iPCA oder Genderberichte).

Kenntnisse zur systematischen Berücksichtigung des Genderansatzes variieren je nach Funktion. Projektmitarbeitende mit inhaltlichem Fokus auf Governance verfügen eher über ein Bewusstsein für Genderdynamiken im Sektor, während Mitarbeitende mit administrativ-technischen Aufgaben Genderaspekte weniger einbeziehen. Bisher wurden nur vereinzelt Fortbildungsmaßnahmen zu Gender und Geschlechtergerechtigkeit besucht; ein Bedarf an vertiefenden Gendertrainings ist klar erkennbar, insbesondere zur Übersetzung des Genderansatzes in die täglichen Aufgabenbereiche.

Im Team gibt es derzeit keine explizite Gender-Ansprechperson, die systematisch mit der Gender-Ansprechperson des Landesbüros zusammenarbeitet. Entsprechende Rollen oder Arbeitskreise existieren im Landesbüro, werden jedoch projektintern nur begrenzt genutzt. Zeitliche und finanzielle Ressourcen für eine aktive Gender-Ansprechfunktion im Projekt fehlen bislang.

Schlussfolgerungen für das Vorhaben

- Die Genderkompetenzen der Teammitglieder sollen durch regelmäßige Sensibilisierung, Fortbildungen und Austausch mit den Gender-Focal-Points der GIZ Mauretanien gestärkt und vereinheitlicht werden.
- Bei der Auswahl von lokalen Expert:innen und Kurzzeitberatungen wird auf eine stärkere Einbindung von Frauen geachtet, um Sichtbarkeit und Expertise im Bereich Gleichstellung zu erhöhen.
- Genderaspekte werden sichtbar in den operativen Planungs- und Monitoringprozessen des Vorhabens verankert, sodass Fortschritte messbar und transparent gemacht werden können.
- Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie (flexible Arbeitsmodelle, Home-Office-Regelungen) sowie zur Prävention von Diskriminierung und sexueller Belästigung am Arbeitsplatz sind Teil der Standards des Landesbüros und werden auch im Projekt aktiv kommuniziert.

Kapitel 6: Maßnahmen für die gendersensible/-transformative Gestaltung

1. Zusammenfassung der Ergebnisse der Analyse und Schlussfolgerung für das Vorhaben	2. Maßnahmen zur Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter	3. Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Minderung möglicher nicht-intendierter negativer Wirkungen
Kap. 2 (Landes- und Sektorebene): Frauen und marginalisierte Gruppen sind in staatlichen Institutionen stark unterrepräsentiert; Dezentralisierung bietet Potenzial zur Förderung von Gleichstellung, birgt aber das Risiko symbolischer Beteiligung. Bedarf an systematischer Integration von Gender- und Inklusionsstandards in nationale Rahmenwerke (DGDDL, CNDDL). Kap. 3 (Sektor Dezentralisierung): Genderaspekte sind in Politiken und Strategien (SCAPP, SNIG) nur schwach operationalisiert; Monitoring fehlt. REFELA und zivilgesellschaftliche Akteure bieten Anknüpfungspunkte für stärkere Partizipation. Kap. 4 (Partnerinstitutionen): Innenministerium/DGDDL/CNDDL verfügen über keine institutionalisierten Genderstrukturen; MASEF hat geringe Durchsetzungskraft; Genderkompetenzen schwach ausgeprägt. REFELA als zentraler Hebel für Advocacy und Sichtbarkeit. Kap. 5 (Team): Teamzusammensetzung männlich dominiert (2 Frauen, 5 Männer); Genderverständnis heterogen; Bedarf an kontinuierlichen Sensibilisierungen und Trainings; Gender-Ansprechperson im Projekt ist vorhanden.	Integration verbindlicher Gender- und Inklusionsstandards (Quoten, Partizipationsmechanismen, disaggregierte Daten) in nationale Dezentralisierungsrichtlinien und Monitoring-Systeme (Kap. 2 & 3). Umsetzbarkeit: Politisch ambitioniert, aber realistisch, da das Thema in internationalen Reformdiskursen unterstützt wird; erfordert enge Abstimmung mit DGDDL, CNDDL und MASEF. Stärkung von REFELA Mauritania durch gezielte Unterstützung bei Advocacy, Vernetzung und Kapazitätsaufbau (Kap. 3 & 4). Umsetzbarkeit: Hoch, da Akteure etabliert und interessiert sind; direkte Synergien mit GIZ-Vorhaben und Gebern (UN Women, EU). Aufbau von Genderstrukturen in DGDDL und CNDDL (z. B. Gender-Desks, Ansprechpersonen, systematische Berücksichtigung in Prozessen) (Kap. 4). Umsetzbarkeit: Mittel; erfordert politischen Willen und Ressourcen, aber kann projektseitig durch Beratung, Leitfäden und Trainings flankiert werden. Regelmäßige Gender-Sensibilisierung und Trainings für Teammitglieder, Partnerinstitutionen und lokale Expert:innen (Kap. 4 & 5). Umsetzbarkeit: Sehr hoch; durchführbar im Rahmen bestehender GIZ-Instrumente und Kooperationen mit Gender Focal Points. Förderung weiblicher Repräsentanz im Projektteam (z. B. durch gezielte Rekrutierung bei künftigen Stellenbesetzungen und Einbindung von Frauen in Kurzzeitexpertisen) (Kap. 5). Umsetzbarkeit: Hoch; hängt von Bewerberlage ab, aber klare Priorisierung möglich. Zielgruppenspezifische Kommunikationsstrategien zur Förderung gesellschaftlicher Akzeptanz von Gleichstellung und pluraler Teilhabe (Frauen, Jugend, marginalisierte Gruppen) (Kap. 2 & 3). Umsetzbarkeit: Hoch; kann an bestehende Kommunikationsstrukturen von GIZ und Partnern anknüpfen.	Vermeidung symbolischer Beteiligung: Maßnahmen: Sicherstellung, dass Frauen- und Jugendvertreter:innen nicht nur eingeladen, sondern mit klar definierten Entscheidungs- und Stimmrechten ausgestattet werden (z. B. in Steuerungsgremien oder Konsultationsprozessen). Umsetzbarkeit: Mittel; erfordert Bereitschaft der Partner, ist aber durch GIZ-Begleitung und Monitoring realistisch. Absicherung formaler Quoten durch unterstützende Maßnahmen: Maßnahmen: Begleitendes Mentoring, Kapazitätsaufbau und Ressourcen für Frauen und marginalisierte Gruppen, um Paritätsregelungen wirksam werden zu lassen. Umsetzbarkeit: Hoch; lässt sich im Rahmen der Projektaktivitäten mit Partnern und REFELA verankern. Abbau institutioneller Abhängigkeit von Einzelpersonen: Maßnahmen: Aufbau von Gender-Desks oder festen Gender-Ansprechpersonen in DGDDL/CNDDL statt rein projektgetriebener Maßnahmen. Umsetzbarkeit: Mittel; politische Vorbehalte möglich, kann aber durch internationale Standards (SDGs, CEDAW) legitimiert werden. Vermeidung von Exklusion durch Kommunikationsinstrumente: Maßnahmen: Mehrsprachige, inklusive Kommunikationsformate (Arabisch, Pulaar, Soninké, Wolof) und analoge Informationskanäle, um Ausschlüsse von wenig alphabetisierten Zielgruppen zu verhindern. Umsetzbarkeit: Hoch; liegt im direkten Steuerungsbereich des Projekts. Reduktion von Risiken durch konservativen Widerstand: Maßnahmen: Betonung der inklusiven Dimension von Dezentralisierung (Stärkung sozialer Kohäsion, Teilhabe aller Bürger:innen) statt reiner „Gender-Agenda“; Einbindung traditioneller Autoritäten und religiöser Führer in Dialogformate. Umsetzbarkeit: Mittel; Akzeptanz variabel, erfordert sensibles Vorgehen. Stärkung innerbetrieblicher Gleichstellung im Team: Maßnahmen: Förderung von klaren Anti-Diskriminierungsstandards, Nutzung von GIZ-Richtlinien gegen sexuelle Belästigung, transparente Kommunikation im Projektteam. Umsetzbarkeit: Hoch; vollständig in GIZ-interner Hand.

I. Methodischer Ansatz		
Genderaspekte, die für die Umsetzung des Vorhabens besonders relevant sind und berücksichtigt werden müssen (externes Gendermainstreaming) Allgemeine Leitfragen 1. Hauptfaktoren der Benachteiligung/Ungleichheit - Frauen sind in politischen Entscheidungspositionen stark unterrepräsentiert (< 1 % Bürgermeisterinnen, schwache Präsenz in Gemeinderäten und Verwaltung). - Marginalisierte Gruppen wie Haratin und Afro-Mauretanierinnen haben eingeschränkten Zugang zu Rechten, Land, état civil und staatlichen Leistungen. - Gesellschaftliche Normen beschränken Frauen auf Rollen im häuslichen Bereich und verringern ihre zeitlichen, sozialen und finanziellen Ressourcen für Teilhabe. - Jugend, Frauen in Armutshaushalten, Menschen mit Behinderung und Geflüchtete sind mehrfach diskriminiert. 2. Bedarfe und positive Entwicklungen - Bedarfe: Institutionalisierung verbindlicher Gender- und Inklusionsstandards in der Dezentralisierung (Quoten, Partizipation, Monitoring mit disaggregierten Daten). - Bedarfe: Kapazitätsaufbau für Partnerinstitutionen (DGDDL, CNDDL), um Gender systematisch in Prozesse und Richtlinien zu integrieren. - Bedarfe: Stärkung von REFELA und zivilgesellschaftlichen Akteuren als Multiplikatoren für Gleichstellung und Advocacy. - Positive Entwicklungen: Nationale Gleichstellungsstrategie (SNIG), steigendes Engagement internationaler Partner (EU, UN Women, GIZ), wachsende Sichtbarkeit von REFELA Mauritanie. 3. Mögliche nicht-intendierte negative Wirkungen	Handlungsfeldübergreifende Maßnahmen - Integration von Gender- und Inklusionsstandards in alle Beratungsleistungen und Studien (z. B. verpflichtende disaggregierte Daten, Genderfragen in ToR und Analysen). - Sicherstellen, dass Capacity Development-Maßnahmen (Trainings, Dialogforen, Workshops) inklusiv gestaltet sind: gleiche Redezeit, mehrsprachige Formate, Barrierefreiheit. - Promising practices (z. B. REFELA-Arbeit, partizipative Haushaltsplanung aus ProGRES P/ProCOMMUNE) systematisch im Wissensmanagement dokumentieren und für Politikdialoge nutzbar machen. - Politikberatung so ausrichten, dass die geschlechtergerechte Gestaltung von Gesetzen und Regularien (Dezentralisierungsgesetz, Fiskaltransfers, Monitoring-Systeme) gestärkt wird. - Nutzung von Synergien mit Gebern (UN Women, EU, Weltbank) zur gemeinsamen Verankerung von Genderindikatoren und -standards. - Prävention symbolischer Beteiligung durch klare Entscheidungsrechte und verbindliche Beteiligungsmechanismen für Frauen und marginalisierte Gruppen. - Sicherstellen, dass Trainings und Capacity-Building nicht auf stereotypen Rollenbildern aufbauen, sondern Diversität abbilden. - Maßnahmen stress- und traumasensibel gestalten, damit Betroffene geschlechtsspezifischer Gewalt gleichberechtigt teilnehmen können. - Bei Politikberatung sensibel auf mögliche Widerstände konservativer Akteure eingehen: Gender nicht isoliert, sondern eingebettet in Inklusion, Transparenz und gute Regierungsführung kommunizieren. - Monitoring- und Feedbackmechanismen einrichten, um frühzeitig negative Effekte wie soziale Ausgrenzung oder Gewaltzunahme zu erkennen und gegenzusteuern.	
	Maßnahmen für Handlungsfeld/Output 1 - Integration verbindlicher Gender- und Inklusionsstandards (Quoten, Partizipation, disaggregierte Daten) in Dezentralisierungsgesetze, Fiskaltransfers und nationale Monitoring-Systeme. - Genderfragen systematisch in Studien, ToR und Politikberatungen aufnehmen, ggf. vertiefende Genderanalysen zu Landrechten, fiskaler Gleichheit oder politischer Repräsentanz durchführen. - Sicherstellen, dass Quoten und Richtlinien nicht rein symbolisch bleiben, sondern durch Kapazitätsaufbau, Ressourcen und Mentoring flankiert werden. - Sensible Kommunikation: Genderförderung als Bestandteil von Inklusion und sozialem Zusammenhalt darstellen, um Widerständen konservativer Akteure vorzubeugen.	
	Maßnahmen für Handlungsfeld/Output 2 - Unterstützung des Innenministeriums, DGDDL, CNDDL und AMM bei der Einrichtung von Gender-Desks bzw. Gender-Ansprechstrukturen und bei der Integration von Genderstandards in ihre Koordinationsprozesse. - Vermeidung symbolischer Beteiligung, indem Frauen und marginalisierte Gruppen in Koordinationsgremien mit klaren Entscheidungsrechten und Ressourcen ausgestattet werden. - Sicherstellen, dass Capacity-Building und Dialogprozesse nicht auf stereotypen Rollenbildern aufbauen, sondern Diversität und inklusive Zusammenarbeit fördern.	

• Gefahr der symbolischen Beteiligung von Frauen und Jugendlichen ohne echte Entscheidungskompetenzen. • Risiko, dass Quoten und Paritätsregelungen eingeführt, aber ohne Ressourcen und Kapazitätsaufbau wirkungslos bleiben. • Möglichkeit, dass Genderaspekte nur formal „abgehakt“ werden und somit die tatsächliche Transformation blockieren. • Gefahr von Widerständen konservativer Akteure, die Gender-Mainstreaming als externes Konzept ablehnen und so Blockaden im Reformprozess hervorrufen könnten.	• Stärkung von REFELA Mauritanie als Advocacy- und Vernetzungsplattform, um weibliche Mandatsträgerinnen gezielt in nationale und sektorale Abstimmungsprozesse einzubinden.	
Maßnahmen für Handlungsfeld/Output 3		
	• Entwicklung mehrsprachiger und inklusiver Kommunikationsstrategien (Arabisch, Pulaar, Soninké, Wolof) und geeigneter digitaler/analoger Formate, damit auch Frauen, Jugendliche und marginalisierte Gruppen Zugang zu Informationen haben. • Sicherstellen, dass Partizipationsprozesse (z. B. Bürgerhaushalte, Dialogforen) geschlechtergerecht gestaltet sind: gezielte Einladungen, sichere Räume für Frauen, Monitoring der Beteiligung.	• Prävention, dass Frauen nur formell, aber nicht real teilnehmen: klare Regeln für Redezeit, Moderation und Feedback. • Stress- und traumasensible Gestaltung von Dialog- und Beteiligungsformaten, um auch Betroffenen von geschlechtsspezifischer Gewalt eine gleichberechtigte Teilnahme zu ermöglichen.
Zentrale Erkenntnisse zu Gender-Kompetenzen, -sensibilität und Gleichstellung in den Partnerorganisationen (Kapitel 4) (externes Gender Mainstreaming) • Innenministerium (DGDDL, CNDDL) hat keine systematischen Genderstrukturen; Gender wird projektgetrieben adressiert. • MASEF verfügt mit der SNIG über eine nationale Strategie, hat aber geringe Durchsetzungskraft gegenüber den dezentralisierungsrelevanten Ressorts. • REFELA Mauritanie ist eine wichtige Plattform für Advocacy, aber noch schwach institutionell und finanziell ausgestattet. • Genderkompetenzen in Partnerinstitutionen sind lückenhaft; es fehlen Gender-Desks, systematische Trainings und Monitoringinstrumente.	• Unterstützung von Innenministerium/DGDDL/CNDDL/AMM bei der Einrichtung von Gender-Desks, Ansprechpersonen und gendersensiblen Prozessen. • Stärkung von REFELA durch Kapazitätsaufbau, Ressourcen und stärkere Anbindung an nationale Reformprozesse. • Entwicklung und Durchführung von Gender-Trainings für Mitarbeitende in Partnerinstitutionen (z. B. zu Gender-Mainstreaming, Monitoring, traumasensiblen Vorgehen). • Unterstützung von Partnern bei der Weiterentwicklung interner Gender-Policies und beim Aufbau gendersensibler Personalpolitik.	• Vermeidung, dass Genderstrukturen rein symbolisch geschaffen werden: Sicherstellen, dass Gender-Desks klare Mandate, Ressourcen und Reportingpflichten haben. • Sicherstellen, dass Trainings und Politiken nicht nur formal umgesetzt werden, sondern messbare Veränderungen (z. B. in Beförderungspraxis, Personalentwicklung) anstoßen. • Flankierung von REFELA, um zu verhindern, dass Frauenvertretung isoliert oder instrumentalisiert wird; stattdessen Einbettung in institutionelle Prozesse. • Enges Monitoring, damit Gender-Maßnahmen in Partnerorganisationen nicht unbeabsichtigt zu Spannungen oder Widerständen führen.
Zentrale Erkenntnisse zu Gender-Kompetenzen und –Sensibilität im Projektteam (Kapitel 5) (internes Gender Mainstreaming) • Teamzusammensetzung bleibt männlich dominiert (2 Frauen, 5 Männer, 1 France Volontaire), aber Genderfragen sind präsent. • Genderverständnis im Team ist heterogen; weitere Harmonisierung und Vertiefung notwendig.	• Fortlaufende Gender-Sensibilisierungen und themenspezifische Trainings (z. B. Gender in Dezentralisierung, partizipative Planung, traumasensibles Vorgehen). • Nutzung des systematischen Austauschs mit dem Landesbüro und Gender-Arbeitskreisen, um Wissenstransfer und Harmonisierung sicherzustellen. • Stärkere Integration von Gender in Wissensmanagement und Projektsteuerung (z. B. bei der Dokumentation von Lessons Learned, Indikatoren-Monitoring).	• Sicherstellen, dass Gender im Projektteam nicht formalistisch, sondern inhaltlich umgesetzt wird. • Gestaltung interner Workshops und Capacity-Building so, dass Stereotype vermieden und Diversität aktiv sichtbar gemacht werden. • Aufnahme von traumasensiblen Grundkenntnissen ins Training, um bei der Implementierung angemessen auf Betroffene geschlechtsspezifischer Gewalt reagieren zu können.

- Eine Gender-Ansprechperson ist bereits vorhanden; Austausch mit dem Landesbüro erfolgt systematisch.
- Bedarf besteht vor allem an regelmäßiger Weiterbildung und Reflexion, um Gender als Querschnitt konsequent zu verankern.

- Nutzung und aktive Kommunikation der bestehenden GIZ-Policies gegen Diskriminierung und sexuelle Belästigung im Teamalltag.

II. Wirkungsmodell	
Ebene im Wirkungsmodell (Modulziel-/Output-Ebene) <i>Hinweis: Indikatoren sollten sich an der vorläufigen/geplanten Wirkungsmatrix orientieren.</i>	Formulierung konkreter Gender-Indikatoren oder Kriterien zur Verankerung der Genderdimensionen im Wirkungsmodell • Modulziel: Ergänzung eines Kriteriums, dass Gleichstellung systematisch in nationale Reformen integriert wird (Quoten, disaggregierte Daten, REFELA-Beteiligung). • Output 1: Genderfragen sichtbar in Dezentralisierungsgesetzen und Monitoring-Systemen verankert. • Output 2: Einrichtung von Gender-Ansprechpersonen in Innenministerium/DGDDL/CNDDL/AMM. • Output 3: Nachweisbare Beteiligung von Frauen, Jugendlichen und marginalisierten Gruppen an Dialog- und Partizipationsformaten (quantitativ und qualitativ erfasst).
III. GG-Kennung	
Welche GG-Kennung wird vergeben? GG-1 = Gender als Nebenziel → Gender wird berücksichtigt, ist aber nicht das zentrale Ziel.	Begründung für die GG-Kennung Das Vorhaben verfolgt die Stärkung des Dezentralisierungsrahmens in Mauretanien. Gleichstellung der Geschlechter ist kein Primärziel, wird jedoch als Querschnittsprinzip systematisch integriert: durch die Verankerung von Genderstandards in Reformen und Monitoring-Systemen (Output 1), die Stärkung institutioneller Genderstrukturen in Innenministerium, DGDDL, CNDDL und AMM sowie die Unterstützung von REFELA (Output 2), und durch die Förderung inklusiver und geschlechtergerechter Partizipation (Output 3). Damit trägt das Vorhaben aktiv dazu bei, bestehende Benachteiligungen von Frauen, Jugendlichen und marginalisierten Gruppen abzubauen. Gender ist folglich ein nachweisbares Nebenziel (GG-1), aber nicht das alleinige Hauptziel des Vorhabens.
IV. Klärungsbedarfe	
Noch zu klärende/r Aspekt/e; fehlende Informationen und/oder Daten <i>Hinweis: Bitte verweisen Sie auf das/die relevante/n Kapitel, auf das/die Sie sich beziehen und geben Sie hier eine (stichwortartige) Kurzbeschreibung.</i>	Formulierung der Fragen, die zu klären sind <i>Hinweis: Sofern nicht alle relevanten Aspekte im Rahmen der Genderanalyse beantwortet werden konnten, sind konkrete Fragen zu formulieren, die im weiteren Prüfprozess und/oder im Rahmen weiterer Analysen (ggf. während der Implementierung) zu betrachten und zu beantworten sind. Dies können auch noch zu erhebende Daten bzw. fehlende Informationen sein. Wenn möglich, sollte konkret dokumentiert werden, wie und wann diese Daten erhoben oder vertiefte Analysen durchgeführt werden sollen. Unspezifische und unverbindliche Aussagen wie „es sollte eine vertiefte Genderanalyse erfolgen“ sind nicht hilfreich und genügen den Anforderungen nicht.</i>

II.8 Quellen

Interne GIZ-Dokumente:

- GIZ (2021): *iPCA ProGRES P I*.
- GIZ (2023): *iPCA ProCOMMUNE*.
- GIZ (2025): *Portfolio-weite iPCA für Mauretanien*.
- GIZ (2021): *Genderanalyse ProGRES P I*.
- GIZ (2023): *Genderanalyse ProCOMMUNE*.
- GIZ (2025): *Wirkungsmatrix ProGRES P II (internes Arbeitsdokument)*.

Öffentliche und unabhängige Quellen:

- Human Rights Watch (2025): *“EU Policies and Human Rights Abuses in Mauritania.”*
- Amnesty International (2025): *Mauritania Country Chapter*.
- Freedom House (2025): *Freedom in the World – Mauritania*.
- U.S. Department of State (2024): *Country Reports on Human Rights Practices: Mauritania*.
- Transparency International (2024): *Corruption Perceptions Index*.
- World Bank (2024): *CPIA Governance Indicators*.
- Bertelsmann Stiftung (2024): *BTI Transformation Index – Mauritania*.
- International Crisis Group (2023–2025): *Sahel Reports (Mali, Mauritania, Regional)*.
- Reporters Without Borders (2024): *World Press Freedom Index – Mauritania*.
- UNDP (2024): *Human Development Report*.
- UNICEF (2024): *HDR Mauritania Briefs and Child Rights Situation*.